

- 20

Die Rede von Ständerat Dr. Sonderegger und die Antwort auf die Rede von Bundesrat Dr. Meyer über Freigeldsystem und Goldwährung

Weil über die Rede
von Dr. Sonderegger
von der Presse im
Bundeshaus nichts be-
richtet worden ist, er-
scheint sie hier wört-
lich im Druck

Pestalozzi - Fellenberg - Haus, Bern

Das Postulat Dr. H. K. Sonderegger betr. dauernde Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht die folgenden Maßnahmen zur dauernden Beseitigung der Wirtschaftskrise anzuwenden seien:

1. Die gemäß Art. 39 Abs. 3 BV der Nationalbank übertragene Geldversorgung des Landes ist so zu regeln, daß die durchschnittliche Kaufkraft des Frankens dauernd gleich bleibt, d. h. daß der im Großhandelsindex errechnete Durchschnittspreis der Waren weder steigt noch fällt.
2. Durch geeignete Maßnahmen ist dafür zu sorgen, daß die in der Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge mit der von der Notenbank ausgegebenen Geldmenge dauernd identisch bleibt.
3. Durch geeignete Maßnahmen ist mit den für den Welthandel wichtigsten Währungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika nach Möglichkeit die Parität der Kaufkraft herzustellen.
4. Als vorübergehende Maßnahme zur raschen Ueberwindung der Krise, zur Entschuldung der Landwirtschaft und zur Sanierung der Bundesbahnen wird der Großhandelsindex solange gehoben, bis der Lebenskostenindex zu steigen beginnt und bis die schweizerische Landwirtschaft ohne Staatsunterstützung bestehen kann.

Ist dieses Ziel erreicht, so wird die Kaufkraft des Frankens endgültig dauernd gleich erhalten.

5. Bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes über das schweiz. Bodenrecht trifft der Bund geeignete Maßnahmen, um für die Dauer der steigenden Preise und die darauf durchgeführte Stabilisierung der Währung jede Bodenspekulation unmöglich zu machen.

Die Begründung.

Die Ausführungen zur Begründung meines Postulates beginne ich mit dem Hinweis auf verschiedene Postulate und Motionen, die mit der Verarmung, mit der Zinsfußsenkung und Preissenkung zu tun haben. Im Ständerat liegt als besonders bedeutungsvoll die Motion betr. den Preisabbau vor, die von Amstalden, Evéquoz, Klöti, Laely, Rudin, Rusch und Wettstein unterzeichnet ist. In dieser Motion findet sich der ebenso wichtige wie richtige Satz: «Ein erneuter Abbau der Preise müßte eine ernste Verschärfung der Verhältnisse zur Folge haben.» Diese Motion steht insofern in einem gewissen Gegensatz zu den übrigen Krisen-Postulaten, als sie nicht eine einzelne Krisenerscheinung herausgreift und für sie Abhilfe verlangt, sondern den Bundesrat ersucht, Mittel und Wege vorzuschlagen, durch die eine dauernde Gesundung der unhaltbar gewordenen Zustände herbeigeführt und eine weitere Störung des Gleichgewichts zwischen Schulden und Preis vermieden wird.» Dazu liegen noch besondere Postulate über Währungspolitik und Freiwirtschaft vor: 1. Postulat Seiler vom 6. Oktober 1933 über die Richtlinien der Währungspolitik; 2. Postulat Gadiant vom 19. März 1934 über die Stellung zur Freiwirtschaft. Ich habe also, rein parlamentarisch betrachtet, Anlaß genug, die freiwirtschaftliche Auffassung der Volkswirtschaft hier zur Sprache zu bringen.

Dabei betreibe ich selbstverständlich keine «Freigeld-Propaganda». Wir haben die Pflicht, alle Lösungsvorschläge aufmerksam zu prüfen. Man hat mir eine «freiwirtschaftliche Betätigung» im Ständerat sozusagen verbieten wollen. Mit gleichem Rechte könnte man einem freisinnigen, konservativen oder sozialistischen Volksvertreter befehlen, seine Ueber-

zeugung zuhause zu lassen. Ich wahre mir selbstverständlich das Recht, meine Ueberzeugung zu vertreten, auch auf die Gefahr hin, daß mir Propaganda vorgeworfen wird. Uebrigens hat es die Presse in der Hand, diese Propaganda unschädlich zu machen: sie braucht nichts zu berichten. Das wäre sogar sympathischer als die unvollständigen Berichte, die kein wahres Bild von der Sache geben.

Die Lage der Wirtschaft zwingt zur Behandlung eines solchen Postulates: Trotz aller Auseinandersetzungen und staatlichen Maßnahmen ist das Problem der Krise weder theoretisch noch praktisch gelöst. Im Gegenteil: die Krise wird immer schärfer. Deshalb werden auch die Diskussionen nicht aufhören. Sind die bisherigen Maßnahmen falsch oder unzulänglich, so hat es keinen Sinn, sie fortzusetzen. Daher die Notwendigkeit, dem Problem der Krise auf den Grund zu gehen und klar zu erkennen, was getan werden kann und muß. Die Auseinandersetzungen über die Währung gehören notwendig zum Krisenproblem. Sie finden nicht nur bei uns statt, sondern in allen Staaten. So haben vor einiger Zeit führende holländische Professoren und Wirtschafter die Aufhebung der Goldwährung verlangt. Besonders deutlich ist die Auseinandersetzung in England, U. S. A., Schweden usw. Hier führte die Diskussion der Währungsfrage zu praktischen Schritten, über deren Richtigkeit man sich bei uns streitet, wie über die Währungsfrage selber. Statt aber, wie in andern Ländern, diese Diskussion zu fördern und sie auf eine sachliche Grundlage zu stellen, ist sie bei uns verpönt. Man soll «das Volk nicht mit so schweren Dingen beunruhigen». Es besteht sogar eine Tendenz, die jede Diskussion über Goldwährung, Wechselkurs usw. als Schädigung unserer Währung unter Strafe stellen will (Vorschläge der «Finanzrevue» und «Basler Nachrichten»). Daher die Frage: ist

der im neuen Bankgesetz enthaltene «Schutz vor Kreditschädigung» so gemeint, daß die Auseinandersetzungen über die schweizerische Währungspolitik und Nationalbank als «Kreditschädigung» unter Strafe gestellt sind? Ich muß in dieser Hinsicht um eine ganz klare Antwort bitten. Sonst sind wir gezwungen, das Referendum gegen das Bankengesetz zu ergreifen. Schließlich zwingt auch die Aarauer Rede von Bundesrat Schultheß, sich grundsätzlich über die zu befolgende «Krisenpolitik» klar zu werden. Die Wirkung dieser Rede zeigt die politischen Gefahren einer Wirtschaftspolitik, die gegen den Willen der Volksmehrheit gemacht werden soll. Wer eine solche Politik durchsetzen will, ist mindestens verpflichtet, deren Richtigkeit in jeder Hinsicht nachzuweisen.

Theorie und Praxis des Bundesrates.

Bundesrat Schultheß hat nach meiner Ansicht keine Schwarzmalerei getrieben, sondern die heutige Lage richtig dargestellt. Die Krise ist schärfer geworden: 76 000 Arbeitslose sagen genug. Aber die Finanzen von Bund, Kantonen, Gemeinden zur Hilfe für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie sind bald erschöpft und neue Geldquellen fast unmöglich. Bei dieser Sachlage müssen wir eine andere Fragen aufwerfen: Können wir die bisherige Politik angesichts der geringen Erfolge noch fortsetzen? Hat es einen Sinn, neue Opfer zu verlangen, da man doch nicht weiß, ob sie wirklich helfen?

Denn auch die bisherige Wirtschaftspolitik entspringt einer Theorie, einer bestimmten Wirtschaftsauffassung. Nur stellt sie der Praktiker nicht theoretisch dar. Wir müssen sie daher selber aus seinen Taten ableiten.

Welches sind die Maßnahmen des Bundesrates gegen die Krise? Staatliche Sicherung des Getreidepreises, Stützung des Milchpreises durch staatliche Zuschüsse, Erschwerung der Wareneinfuhr durch Zollerhöhungen, Kontingentierungen der Einfuhr, gänzliche Aussperrung bestimmter Waren, «Regelung des Marktes», z. B. Benzin usw., Krisen-Unterstützung für Arbeitslose, Arbeitsbeschaffung, rechtliche Schutzmaßnahmen gegen den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Welches ist das gemeinsame Merkmal aller dieser Maßnahmen? Sie sollen die Preise stützen. Der Bundesrat ist also der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Preise schädlich sei und von Staatswegen nach Möglichkeit verhindert werden sollte. Das ist also seine Theorie, nach der er die Praxis bis jetzt gerichtet hat.

Die Theorie ist richtig.

Aber damit sage ich noch nicht, daß auch die daraus abgeleitete Praxis richtig sei. Das weitere gemeinsame Merkmal aller dieser Einzelmaßnahmen besteht darin, daß sie zur Stützung der Preise das Angebot an Waren einzämmen sollen, um die Preise zu halten. Zollerhöhungen, Kontingente, Einfuhrverbote usw. schränken das Angebot an Waren ein. Dasselbe Ziel verfolgen auch rechtliche Schutzmaßnahmen: z. B. Verbot neuer Warenhäuser, neuer Schuhmacher-Werkstätten, Schutz des Gewerbes vor Konkurrenz, Aufhebung der wirtschaftlichen Freiheit mit dem Zwecke, ein Anwachsen des Angebotes zu unterbinden. Oder direkte Eingriffe des Bundes in den Markt: Aufkauf von Schlachtkühen.

Diesen Einzelaktionen der Wirtschaftspolitik liegt ebenfalls eine ganz bestimmte Theorie zugrun-

de: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Das ist vielleicht der einzige Grundsatz, der von allen Volkswirtschaftern anerkannt wird. Aus dem Grundsatz, daß Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen, zieht der Bundesrat den Schluß: um die Preise zu halten, müssen wir das Angebot an Waren verkleinern. Aber die Preise erscheinen dem Bundesrat so wichtig, daß er bei der bloßen Verminde-
rung des Angebotes durch hohe Zölle, Einfuhrverbot usw. nicht stehen bleibt. Er greift auch direkt in das Spiel von Angebot und Nachfrage ein, indem er gewisse Preise durch staatliche Zuschüsse hält: Getreide, Milch, Exportgarantie oder Exportvergütung in irgendwelcher Form (Frachtermäßigung usw.). Daraus ist ersichtlich, daß sich die ganze Wirtschaftspolitik um die Preise dreht. Die Preise sind in der Tat der entscheidende Faktor der Wirtschaft. Schließlich ist die ganze schweizerische Wirtschaftskrise nichts anderes als die Gesamtheit aller wirtschaftlichen Existenzen, denen die Preise zusammengebrochen sind.

Aber nun spielt die Wirtschaft selbst der buns-
desrätlichen Logik einen schlimmen Streich: Sozusagen alle Versuche, das Angebot im Inland selbst zu regeln und einzuschränken, um die bedrohten Preise zu halten, schlagen fehl und enden mit Miß-
erfolg. Das Angebot wird nicht kleiner, sondern größer, vgl. Milchschwemme, überhaupt bei land-
wirtschaftlichen Produkten. Der Druck auf die Preise wird ebenfalls größer, so daß Bundesrat Schultheß mit Recht sagen kann, daß sich z. B. der Milchpreis auf die Dauer nicht halten lasse. Die Erklärung ist, ganz abgesehen vom Währungspro-
blem, sehr einfach: Der bereits eingetretene Preis-
zerfall zwingt zu einem vermehrten Warenangebot,
um durch die größere Menge den Ausfall im Preise
selbst auszugleichen; aber das nun vergrößerte An-

gebot drückt seinerseits wieder auf die Preise und gefährdet sie, sodaß gerade das entsteht, was man vermeiden wollte: eine weitere Senkung. Aber auch die Beschränkung des Angebotes gegenüber dem Ausland bringt bedenkliche Nebenwirkungen mit sich. Unterbinden wir die Einfuhr, so unterbinden wir auch die Ausfuhr, weil der Handelsverkehr unter den Nationen naturgemäß immer zweiseitig ist. Dann bleiben die Arbeiter der Exportindustrie und der Hotellerie der Inlandswirtschaft überlassen, belasten hier den Arbeitsmarkt, drücken ihrerseits die Löhne herunter und vergrößern das Angebot oder fallen, sofern sie überhaupt keine Arbeit finden, dem Staat und damit wiederum der Wirtschaft zur Last.

So reagiert die Wirtschaft selbst auf die logisch unanfechtbare Theorie des Bundesrates, daß man das Angebot vermindern müsse, mit einem grauenhaften circulus vitiosus. Der Zusammenbruch der Preise führt, wie Bundesrat Schultheß richtig sagte, nicht nur zur wirtschaftlichen Katastrophe, sondern auch zur Revolution. Es ist daher an sich richtig, daß dieser Zusammenbruch der Preise, der immer mit dem entsprechenden Zusammenbruch der Löhne verbunden ist, vermieden werde. Aber je mehr man zu diesem Zwecke das Angebot verkleinert, umso mehr verengert man selber den «Wirtschaftsraum». Und je mehr man die Preise auf diese Weise zu stützen versucht, umso größer wird das Angebot und damit der Druck auf die Preise. Greift nun der Staat, durch die Not und die Hilferufe gezwungen, selber in diesen circulus vitiosus ein, so wird die Sache noch schlimmer. Er kann wohl einzelnen Wirtschaftszweigen und Menschen für den Augenblick helfen. Aber kann er dies nur mit Staatsgeldern tun; denn der Staat hat kein eigenes Geld, sondern nur solches, das er in irgendeiner Form aus der Wirt-

schaft holt. Also muß er, um der bedrohten Wirtschaft zu helfen, aus dieser selben Wirtschaft höhere Einnahmen holen. Er macht dies in Form von Steuern, Zöllen, Abgaben usw. Je schärfer die Krise wird, umso größer werden die Anforderungen an den Staat. Aber die Wirtschaft kann diese Anforderungen nicht mehr leisten, weil Volkseinkommen, Vermögen, Umsatz und damit Steuervermögen und -einkommen zurückgehen. Darum ist die Zerrüttung der Wirtschaft zwangsläufig mit der Zerrüttung der öffentlichen Finanzen verbunden. Selbstverständlich ist dies alles so bekannt, daß ich es nicht sagen müßte. Ich sage es trotzdem, weil gerade hier der unlösbare Widerspruch der heutigen Wirtschaftspolitik am klarsten zutage tritt. Der Staat macht den hoffnungslosen Versuch, die Wirtschaft zu retten. Dieser Versuch ist und bleibt hoffnungslos, weil der Staat gar keine eigenen Mittel hat. Alle seine Mittel kommen aus der Wirtschaft, aus dem Volke. Der Staat kann die Wirtschaft nicht tragen, weil er selbst von ihr getragen wird. Er kann ihr gar kein Geld geben, das er ihr nicht vorher genommen hätte. Darum kann die Staatshilfe niemals eine Bereicherung oder Förderung der Wirtschaft sein, sondern höchstens eine vorübergehende Umlagerung und Verschiebung. Der Versuch, die kranke Wirtschaft auf diese Weise heilen zu wollen, gleicht dem hoffnungslosen Versuch eines Arztes, durch eine Bluttransfusion vom linken auf den rechten Arm den entkräfteten Patienten retten zu wollen. So ist auch, im Gesamten gesehen, der Versuch mißlungen, die Wirtschaft durch den Staat zu heilen. Selbstverständlich ist im Einzelnen viel geholfen worden. Aber man fragt sich heute, ob durch diese Staatshilfe die Katastrophe nicht vermieden, sondern bloß hinausgeschoben worden sei.

Man kann auch heute noch ausrechnen, ob dieser Versuch jemals Aussicht auf Erfolg habe. Nach den Berechnungen des Bundesrates beträgt die Einbuße an Volkseinkommen etwa 30 Prozent = 2,85 Milliarden. Dabei hat die Schuldenlast selbstverständlich keine «Einbuße» erlitten. Glaubt nun jemand ernsthaft an die Möglichkeit, diese Einbuße auch nur annähernd durch Staatshilfe auszugleichen? Diese Möglichkeit wäre — volkswirtschaftlich betrachtet — nicht einmal dann vorhanden, wenn der Staat das Geld hätte. Aber er hat es nicht, glücklicherweise.

Man darf auch nicht übersehen, daß diese Krisenpolitik zu einer bedenklichen Erschütterung unserer Rechtsgrundlagen führt. Unsere Wirtschaft und Rechtsordnung beruht darauf, daß der Schuldner zahlt. Der Gläubiger hat Anspruch auf denselben Rechtsschutz wie der Schuldner. Zudem ist der Gläubiger keineswegs immer der reiche Herr, sondern selber wiederum Schuldner, der auf den Eingang seiner Forderungen angewiesen ist. Die staatlichen Schutzmaßnahmen, so wohltätig sie im einzelnen auch sein mögen, vernichten diese Rechtsgrundlage. Es ist richtig, daß der Schuldner nicht mehr zahlen kann. Aber dann soll der Staat nicht die Rechtsgrundlagen der ganzen Wirtschaft aufheben, sondern eben Ordnung in der Wirtschaft schaffen. Dieses Problem aber hat er überhaupt noch nicht aufgegriffen. Darum ist die Theorie des Bundesrates und die darauf beruhende Praxis nur bis zu einem ganz bestimmten Punkte richtig: richtig, daß Preiszerfall schädlich ist. Richtig in grundsätzlicher Hinsicht ist der Versuch, die Preise unter Anwendung des wirtschaftlichen Grundgesetzes von Angebot und Nachfrage zu halten. Aber falsch ist es, die Preise durch eine Beschränkung des Angebotes stützen zu wollen.

Die Wirtschaft selbst weist diesen Versuch zurück, indem sie ihn mit einem Mißerfolg beantwortet. Die ganze Landwirtschaft ist heute staatssozialistisch und planwirtschaftlich organisiert, um die Produktion (also das Angebot) zu regeln, sogar die Menge Milch pro Hektar ist vorgeschrieben. Jede Freiheit ist aufgehoben, um das Angebot zu bändigen. Aber es nützt nichts: die Landwirtschaft ist keineswegs gerettet. Aehnlich geht es in andern Erwerbszweigen. Gewisse Politiker machen geradezu ein Erlösungsprogramm daraus, durch Beschränkung des Angebotes (Aufhebung der wirtschaftlichen Freiheit, Einführung eines Numerus clausus, Schutz vor Konkurrenz, staatliche Bewilligung, Kontingentierung von Produkten und Handel, staatliche Anerkennung der wirtschaftlichen Verbände und ihrer Beschlüsse — die sich zum Schutz der eigenen Preise gegen die Konkurrenz wenden) die Preise zu halten, das Vaterland oder wenigstens die eigene Partei vor dem drohenden Zerfall zu bewahren und eine neue Schweiz aufzubauen.

Aber alle diese Versuche schlagen fehl, weil sie gerade diejenigen wirtschaftlichen Faktoren erfassen wollen, die am wenigsten erfaßbar sind: Die Zahl der wirtschaftenden Menschen. Solange diese Zahl nicht bestimmt wird, kann auch das Angebot nicht bestimmt werden. Daher wäre die notwendige Folgerung dieser Versuche die Kontingentierung der Kinder, der Tüchtigkeit der wirtschaftenden Menschen, die sich im Angebot auswirkt, der geistigen Schöpferkraft des Menschen, die die Wirtschaft mit neuen Erfindungen, Verbesserungen usw. bereichert. Diese drei Faktoren wirken immer entscheidend auf die Produktion und den Handel ein, bestimmen also das Angebot an Waren. Es sind die wahrhaft lebendigen, schöpferischen Faktoren und diese lassen sich niemals erfassen und in eine «Regelung des An-

gebotes» zwängen. Zu dieser grundsätzlichen Unmöglichkeit kommt in Krisenzeiten noch der Druck der gesunkenen Preise, der die Menschen zwingt, durch vermehrtes Angebot den Preisausfall auszugleichen.

Somit können wir feststellen, daß die Theorie des Bundesrates gerade an demjenigen Punkte, wo sie in die Praxis umgesetzt wird, offenbar falsch ist und von der Wirtschaft selbst widerlegt wird. Es ist unmöglich, die Preise durch eine Verminderung des Angebotes zu stützen. Es ist auf die Dauer ebenfalls unmöglich, einzelne Preise durch besondere Staatshilfe zu halten. Der allgemeine Zusammenbruch der Preise bedroht und gefährdet immer auch die gestützten Preise. Die staatlichen einzelnen Eingriffe in die Wirtschaft endigen zwangsläufig mit der Aufhebung der wirtschaftlichen Freiheit und Selbständigkeit des Einzelnen, ohne daß dadurch der Wirtschaft grundsätzlich und wesentlich geholfen würde. Schließlich gewöhnen sich Wirtschaft und Volk daran, vom Staate alles zu erwarten und überbinden ihm damit eine Aufgabe, die er überhaupt nicht lösen kann. Somit bleibt nur die andere Möglichkeit: wenn es nicht geht, die Preise durch eine Verkleinerung des Angebotes zu halten, so muß geprüft werden, ob sie nicht durch eine **Vergrößerung der Nachfrage** gehalten werden können. Das ist der freiwirtschaftliche Vorschlag.

Theorie und Praxis der Freiwirtschaft.

Ausgangspunkt und Ziel sind gleich wie beim Bundesrat. Das Unglück der Wirtschaft besteht im Zusammenbruch der Preise. Dieser Zusammenbruch stört das frühere Gleichgewicht zwischen Verdienst und Schulden. Der Preis ist das Ziel des wirtschaft-

lichen Handelns; er entscheidet über Wohl und Wehe der Wirtschaft. Wirtschaftspolitik ist daher in erster Linie Preispolitik. Soweit sind wir mit dem Bundesrat einig. Aber der Preis ist kein selbständiger Faktor, sondern das Ergebnis aus zwei Faktoren: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Auch darin gehen wir mit dem Bundesrat einig.

Aber hier trennen sich die Wege. Bundesrat, offizielle Wirtschaft, Parteien usw. sehen immer nur das Angebot, die Menge der Waren, die Konkurrenz usw. und vergessen dabei, die sog. Nachfrage zu untersuchen. Die Freiwirtschaft untersucht vor allem die Nachfrage und die Gesetze der Preisbildung. Sie sagt sich: wer die Gesetze der Preisbildung kennt, der beherrscht die Preisbildung, der ist also auch imstande, den Zusammenbruch der Preise zu verhindern, d. h. die Krise zu überwinden.

Geld und Preisbildung.

Je einfacher die Dinge sind, umso leichter werden sie übersehen. So auch hier. Es ist unbestritten: bei der Preisbildung muß die Ware dabei sein (Angebot); aber es wird übersehen, daß auch Geld dabei sein muß. Jeder Preis lautet auf Franken. Die Preisbildung setzt das Vorhandensein einer Währung voraus. Und da die Währung, d. h. die Ausgabe von Geld, ein Monopol des Staates ist, setzt jede Preisbildung das Vorhandensein einer staatlichen Währung voraus. Der Preis ist die Bezeichnung einer Ware in Geldeinheiten. In dem Augenblick, da in einem Wirtschaftsgebiet Geld=Tauschmittel vorhanden ist, wirkt es bei der Preisbildung mit. Unsere Wirtschaft ist eine Geldwirtschaft: es besteht nicht mehr der Tausch=Ware:Ware, sondern Kauf=Ware:Geld: Ware:Geld. Der Kaufvertrag ist das häufigste und

wichtigste Rechtsgeschäft. Der Kaufvertrag setzt eine Staatswährung voraus. Wenn die Währung = das Tauschmittel aus irgendeinem Grunde nicht funktioniert oder nicht richtig funktioniert, so fällt die Geldwirtschaft in die Tauschwirtschaft zurück: Bei starker Inflation, d. h. völliger Entwertung des Geldes: Rückkehr zur Tauschwirtschaft. Bei Mangel an Tauschmitteln = Geld: Rückkehr zur Tauschwirtschaft, wie z. B. heute schon in der Schweiz. Es muß daher untersucht werden, in welcher Art und Weise das Geld — die Staatswährung — bei der Preisbildung beteiligt ist. Das Ziel dieser Untersuchung ist durchaus praktisch: der Staat kann die Geldverwaltung willkürlich bestimmen. Wenn es sich zeigt, daß diese Geldverwaltung einen entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung hat, so ist damit ein Mittel gegeben, um die Preisbildung entscheidend zu beeinflussen, also auch, um den schädlichen Zusammenbruch der Preise zu verhindern.

Dabei sei unterstrichen: das Geld ist eine Schöpfung des Staates, gleichgültig, ob Gold oder Papier. Der Staat bestimmt Art, Form, Stoff des Geldes. Der Staat bestimmt die Menge des Geldes, kurz: die Staatswährung ist Objekt der staatlichen Geldmonopolverwaltung. In welcher Weise ist nun diese Staatswährung bei der Preisbildung beteiligt?

Inflation als Beispiel.

Was in der Ordnung oft verborgen bleibt, das offenbart die Unordnung. Die Krankheit offenbart Zusammenhänge, die bei Gesundheit verborgen bleiben, so auch die Wirtschaft. Daher sei als Beispiel die deutsche Inflation erwähnt, um die Zusammenhänge aufzuzeigen. Die Tatsachen dieser Inflation sind bekannt: wahnsinnige Preissteigerung, vollständige Entwertung des Geldes = völliger Verlust

der Kaufkraft, rasender Warenumsatz: Flucht in die Sachwerte, Ueberschwemmung der Wirtschaft mit Geld durch den Staat bezw. die Notenbank. Die Zusammenhänge sind unbestritten. Kein vernünftiger Mensch führt diese Preissteigerung auf eine Verminderung des Angebotes zurück. Im Gegenteil: jeder sagt mit Recht, diese Preissteigerung ist durch die schrankenlose Geldausgabe verursacht worden. Also steht der ursächliche Zusammenhang fest: Die Vermehrung der Geldmenge durch den Staat hat die Preisbildung entscheidend beeinflußt. Die deutsche Inflation war ein Akt der staatlichen Geldverwaltung. Diese Inflation entsprang nicht einem «Bedürfnis der Wirtschaft», sondern wurde willkürlich durch die Geldverwaltung herbeigeführt. Also stellen wir fest: Die deutsche staatliche Währungsverwaltung hat die Preissteigerung und die mit ihr verbundene Geldentwertung herbeigeführt. Diese Geldentwertung und Preissteigerung war eine ausschließlich deutsche Angelegenheit. An dieser Tatsache ändert es nichts, daß auch andere Staaten eine Inflation machten, wenn auch nicht im selben Maße. Die Preissteigerung in die Milliarden schlug nicht in andere Staaten (z. B. Schweiz, Dänemark, Frankreich, Holland usw.) hinüber, sondern blieb auf Deutschland beschränkt. Sie erfaßte also genau dasjenige Gebiet, das von der deutschen Mark beherrscht wird. Also war die Preissteigerung eine nationale Sache. Die Entwertung der Währung war ebenfalls eine nationale Sache. Die mit der Geldentwertung verbundene Entwertung aller auf Mark lautenden Vermögen war ebenfalls eine nationale Sache. Die mit der Geldentwertung verbundene Entwertung der Schulden war ebenfalls eine nationale Sache. Diese Entwertung bezog sich nicht bloß auf das Gold als angebliche Währungsgrundlage, sondern auf alle Waren, alle wirtschaftlichen Güter.

Andere Staaten haben ähnliche Experimente gemacht. In Frankreich sank die Kaufkraft von 100 auf 17, in Oesterreich von 100 auf 1/10,000, in Italien von 100 auf 17, in der Schweiz von 100 auf 44,6 (Index 1920:224 gegen 100). Es ist also durch Tatsachen bewiesen, daß die staatl. Geldverwaltung innerhalb ihres Wirtschaftsgebietes die Möglichkeit hat, durch die Menge des ausgegebenen Geldes die Preisbildung entscheidend zu beeinflussen. Es hat nach diesen Erfahrungen keinen Sinn mehr, diese Möglichkeit zu bezweifeln. Darum hat auch Bundesrat Meyer seinerzeit mit Recht geschrieben: «Niemand bestreitet die Möglichkeit, durch Vermehrung oder Verminderung der Zahlungsmittel die Preise zu heben oder zu senken.»

Bei diesen Erfahrungen sind noch zwei Merkmale besonders hervorzuheben: Die vom Staate ausgebogene Geldmenge ist der einzige Faktor, der gleicherweise auf alle Warenpreise wirkt. Damit ist der grundlegende Unterschied zwischen den Schwankungen der Einzelpreise und den Schwankungen der allgemeinen Preislage aufgezeigt. Vermehrung oder Verminderung des Angebotes führt ebenfalls zu einer Preisschwankung; aber diese betrifft immer nur die einzelne Ware. Solche einzelne Preisschwankungen kommen immer vor, ohne daß daraus eine allgemeine Krise entsteht. Aber dem Einfluß der Geldversorgung auf die allgemeine Preisbildung kann sich keine Einzelware entziehen: sie müssen die allgemeine Preisbewegung mitmachen. Man kann wohl Höchstpreise festsetzen (wie z. B. für die landwirtschaftlichen Produkte während der Kriegszeit); aber wenn der Unterschied zwischen diesen Höchstpreisen und den durch die Geldvermehrung bedingten Preise zu groß wird, so verschwindet die Ware einfach vom offenen Markte und wird durch den Schleichhandel abgesetzt. Die Geldverwaltung

ist daher die Schlüsselstellung der Preisbildung für das der betreffenden Währung unterstehende Wirtschaftsgebiet.

Das andere Merkmal: Die Geldentwertung durch Inflation war ein unerhörter Betrug am ganzen Volke. Sie verfälschte den Inhalt aller auf Geld lautenden Verträge. Dieser Betrug muß noch genauer umschrieben werden. Das Geld ist nicht nur Tauschmittel, sondern als solches auch das Maß aller wirtschaftlichen Güter. Diese können überhaupt nur in Geldeinheiten gemessen werden. Das Geld entspricht also dem Maß auf andern Gebieten: dem Kilogramm, Liter, Meter, der Pferdekraft etc. Volkswirtschaft und Rechtsleben beruhen auf der selbstverständlichen Voraussetzung, daß dieses Maß unveränderlich sei. Das will heißen: der wirtschaftliche Inhalt oder «Wert» der Geldeinheit inbezug auf die Wirtschaft muß unveränderlich sein. Ein auf Geld lautender Vertrag ist nur dann sinngemäß und richtig erfüllt, wenn der Schuldner die schuldige Leistung in Franken gleicher Menge und Güte entrichtet. Die Wirtschaft setzt voraus, daß die Geldeinheit auch inbezug auf ihre «Güte», ihren wirtschaftlichen Inhalt, gleich bleibe. Diese Voraussetzung ist durch die Inflation — die Entwertung, Vernichtung der Kaufkraft — zerstört worden. Aber dieser Betrug ist nicht nur dann vorhanden, wenn die Kaufkraft des Geldes durch uferlose Inflation vollständig vernichtet wird; er ist auch dann vorhanden, wenn diese Entwertung nur teilweise erfolgt. Der Inhalt aller auf Geld lautenden Verträge wird auch dann verfälscht, wenn der wirtschaftliche Inhalt des Frankens auch nur teilweise verändert wird. Also bedeutet eine Entwertung des Geldes auf 44,6 Prozent herab, wie wir sie von 1914—1920 hatten, eine Verfälschung aller Geldverträge und aller auf unserm Gelde beruhenden Vermögen.

Gegenüber dem hundertprozentigen Betrug der deutschen Inflation besteht hier kein grundsätzlicher, sondern nur ein gradueller Unterschied. Ferner liegt eine Verfälschung aller Geldverträge nicht nur dann vor, wenn der wirtschaftliche Inhalt des Frankens verkleinert wird; sie liegt auch dann vor, wenn dieser Inhalt oder diese wirtschaftliche Leistung, die in der Kaufkraft eines Frankens enthalten ist, vergrößert wird. Dies tritt dann ein, wenn die Menge des warekaufenden Geldes nicht vergrößert, sondern im Gegenteil verkleinert wird. Das nennt man Deflation, das Gegenstück der Inflation.

Also halten wir aus den Erfahrungen mit der Inflation folgendes fest: Die Inflation war eine Maßnahme der staatlichen Geldverwaltung. Der entscheidende Faktor, der die allgemeine Preislage zum Steigen brachte, war nicht die Form des Geldes oder dessen Stoff, sondern die Menge des Geldes. Die Bestimmung dieser Geldmenge war eine nationale Angelegenheit, d. h. eine solche der staatlichen Geldverwaltung. Die Auswirkungen dieser Preissteigerung — bis zur völligen Entwertung des Geldes und zur Rückkehr zum Tauschhandel — blieben auf das Wirtschaftsgebiet des betreffenden Staates beschränkt und schlugen nicht über die politischen Grenzen. Jedes Inflationsland bildete eine nationale Preisinsel, deren Preisbewegung für das Nachbarland nicht maßgebend war. Die Schlüsselstellung der Währungsverwaltung wurde damals zur Verfälschung aller Zahlungsverträge durch Inflation missbraucht, und zwar rein national, ohne Rücksicht auf andere Staaten und andere Währungen. Der Handelsverkehr mit dem Ausland hörte deswegen nicht auf; er vollzog sich über den sich fortwährend anpassenden Wechselkurs. Inflation als allgemeine Steigerung der Warenpreise und entsprechender Entwertung des Geldes war immer und überall eine

Angelegenheit der staatlichen Währungsverwaltung, also ein nationales Währungsproblem. Die staatliche Geldverwaltung ist die Schlüsselstellung der allgemeinen Preisbildung innerhalb des Währungsgebietes. Das heißt: die Preisbildung ist ein nationales Währungsproblem. Da aber die sog. Wirtschaftskrise nichts anderes ist als ein Preisproblem, so ist damit gesagt, daß das Problem der Wirtschaftskrise nichts anderes ist als ein nationales Währungsproblem. Denn die gleichen wirtschaftlichen Gesetze, die sich bei der einen Krankheit «Inflation» zeigen, spielen ihre entscheidende Rolle auch bei der andern Krankheit «Deflation».

Deflation.

Sinkt der Preis einer einzelnen Ware, so sind zwei Ursachen möglich: das Angebot wird zu groß und drückt den Preis. Oder die Käufer verlangen diese Ware nicht mehr, geben also kein Geld mehr dafür aus: die Nachfrage wird kleiner und drückt ebenfalls auf den Preis. Das ist ein alltäglicher Vorgang der Wirtschaft. Er beruht auf der schöpferischen Lebendigkeit der Menschen und der Wirtschaft, oder auch auf natürlichen Ereignissen (gute oder schlechte Ernte). Diese schöpferische Lebendigkeit schafft neue Waren, neue Herstellungsmethoden, neue Verteilungsmethoden. Altes vergeht, Neues entsteht: Auto statt Fuhrwerk, Radio statt mechanisches Klavier usw. usw. Aus dieser fortwährenden Umstellung entsteht keine allgemeine Krise, kein allgemeiner Zusammenbruch der Preise und Löhne.

Anders beim allgemeinen Zusammenbruch der Preise. Hier handelt es sich nicht mehr um den Einfluß von Natur, Erfindungen, Verbesserungen auf

die Einzelpreise; hier handelt es sich um einen gleichzeitigen Druck auf alle Preise zusammen. Dieser Druck kann, schon rein logisch betrachtet, nur von einem Faktor ausgehen, der gleicherweise bei jeder Preisbildung beteiligt ist. Dieser Faktor ist wiederum das Geld, die Währung. Bei Inflation sagt kein Mensch: der Weltpreisstand hat unsere Preise hinaufgetrieben. Man ist sich klar darüber, daß nicht der sogenannte Weltmarkt die Preissteigerung herbeigeführt hat, sondern die nationale Geldschwemme. Das Geld, das die Währungsverwaltung ausgegeben hatte, trat als Nachfrage auf den Markt und setzte die Waren um. Warum soll es bei der gegenwärtigen Erscheinung anders sein? Es ist nicht anders: genau wie bei der allgemeinen Preissteigerung übt die Geldversorgung der Wirtschaft auch bei der allgemeinen Preissenkung den entscheidenden Einfluß aus. Nur findet diesmal nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Geldmenge statt, die als Nachfrage auf dem Markte auftritt: die Preise müssen allgemein sinken. Aber gegenüber der Inflation besteht ein wesentlicher Unterschied. Bei der Inflation und der mit ihr verbundenen Geldentwertung erscheint alles Geld auf dem Markt. Man darf ruhig sagen: der ganze Geldbetrag, den die Währungsverwaltung der Wirtschaft zur Verfügung stellt, läuft tatsächlich in der Wirtschaft um. Ja noch mehr: mit der Zunahme der Geldmenge nimmt auch die Geschwindigkeit zu, mit der das Geld umläuft: man flieht aus dem Geld, man hamstert es nicht, man setzt es sofort um in Waren oder Leistungen. Daher liegt die Verantwortung der Notenbank für die Inflation klar zutage: es gibt überhaupt keine andere Stelle im Staat, die eine Inflation machen könnte, als nur die Notenbank bzw. der Staat selbst.

Bei der Deflation liegen die Dinge anders: Sie

bringt keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung des Geldes. So stellt z. B. der Bundesrat in seiner Botschaft zum Voranschlag fest, daß die Kaufkraft des Frankens seit 1930 um 23 Prozent größer geworden ist. Daher liegt kein Grund vor, um aus dem Gelde zu fliehen. Im Gegenteil: da das Geld nicht schlechter, sondern besser wird, da sein «wirtschaftlicher Inhalt», seine Kaufkraft eine Zunahme erfährt, besteht kein Grund, es abzustoßen, sondern es zu behalten. Daraus ergibt sich ein Gegensatz zur Inflation: Bei der Inflation liegt die Zunahme der umlaufenden Geldmenge ausschließlich bei der Notenbank. Bei der Deflation aber kann die eingetretene Verminderung der umlaufenden Geldmenge sowohl bei der Notenbank selbst als auch bei irgendwelchen Dritten liegen: das Geld wird gehamstert, d. h. dem Verkehr entzogen. Diese Hamsterung kann einen Umfang annehmen, daß die Wirtschaft erschüttert werden muß. 1931 hat Bundesrat Schultheiß die Hamsterung von Schweizernoten auf ca. 800 Millionen geschätzt. Direktor Bachmann auf 700 Millionen. Dazu kommt noch die Hamsterung von Gold und Goldmünzen, die ebenfalls in die Millionen geht. Mit einem solchen Entzug von Tauschmitteln, dessen Gründe und Hintergründe wir gar nicht zu kennen brauchen, ist das Schicksal der Wirtschaft besiegelt, weil er zwangsläufig den Mechanismus der Wirtschaftskrise auslöst. 1929 hatten wir ca. 1 Milliarde Geld für unsere Wirtschaft. 1933 war der Betrag auf 1.5 Milliarden angestiegen, aber davon waren ca. 700 bis 800 Millionen an Noten gehamstert, sodaß für die Wirtschaft selbst noch ca. 7—800 Millionen blieben. Nun ist es ganz klar, daß 800 Millionen Franken nicht den gleichen Wirtschaftsumsatz vollbringen wie 1000 Millionen: der Druck auf die Preise im allgemeinen muß einsetzen.

Hat aber der Druck aus irgendwelchem Grunde eingesetzt, so läßt sich der Mechanismus der Krise nicht mehr aufhalten. Die Preise fangen an zu sinken. Das bewirkt an sich schon eine Zurückhaltung der Käufer: die Nachfrage nimmt ab. Um die Nachfrage anzuregen, werden die Preise auf Kosten des Gewinns weiter herabgesetzt. Und um den bereits eingetretenen Verdienstausfall auszugleichen, versucht man, den Umsatz wenigstens der Menge nach zu vergrößern: das Angebot nimmt zu. Dieses vergrößerte Angebot, dem bereits eine kleinere Nachfrage gegenübersteht, drückt weiter auf die Preise. Um Produktion und Verkauf halten zu können, müssen nun auch die Löhne gesenkt werden. Der krisenhafte Aspekt der Wirtschaft wird immer deutlicher: man fängt an, Geld aus der Wirtschaft zu ziehen, Kredite zu kündigen, in der Kreditgewährung zurückzuhalten, weil die Rendite des Umsatzes nicht mehr gesichert erscheint. Diese Kreditkündigungen usw. verschärfen den Mangel an Bargeld, drücken weiterhin auf die Preise, verschärfen die Krise. Der Druck der Schulden und Zinsen vergrößert sich: das Angebot an Gütern wird noch größer, dringender, die Preise fallen noch mehr. So entsteht, fortwährend verschärft, das Mißverhältnis zwischen Verdienst und Schulden bzw. Zinsen. Das Geld staut sich in den Banken und bleibt dem Verkehr entzogen, wo es notwendig wäre: weil es nicht mehr sicher ist (die Schuldner werden insolvent) und weil sein Ertrag, der Zins, nicht mehr gesichert ist. Sinkende Preise erhöhen zugleich die Kaufkraft des Geldes. Das Geld wird zur einzigen sicheren Kapitalanlage. Also setzt die Nachfrage nach Bargeld als Kapitalanlage ein und entzieht der Wirtschaft neuerdings das notwendige Tauschmittel: das Geld verschwindet aus der Wirtschaft in die Schrankfächer der Banken, d. h. es ist nun nicht mehr Tauschmittel,

sondern Kapitalanlage. Die ganze Wirtschaft hungert nach Geld: Geldknappheit, Kreditknappheit; aber sie kann keines bekommen, weil bei sinkenden Preisen die Sicherheit der Rückzahlung und der Zinszahlung gefährdet ist.

Das ist die Krise und ihr Mechanismus. So ist die Deflation, genau wie die Inflation, untrennbar mit der Versorgung der Wirtschaft durch Geld verbunden. Die «Schrumpfung der Wirtschaft» ist nichts anderes als eine Schrumpfung dieser Geldversorgung. Der Bedarf nach Gütern ist nicht kleiner geworden: aber er kann nicht mehr gedeckt werden, weil die Nachfrage in der Form der Tauschmittel nicht mehr ausreicht. Daher ist die Deflation = Krise genau wie die Inflation eine nationale Sache: eine Angelegenheit der Preisbildung zwischen Ware und warekaufendem Geld, eine Angelegenheit der Währungspolitik: wie soll die Wirtschaft mit Tauschmitteln versorgt werden.

Gegenüber allen möglichen Krisenerklärungen wäre es gut, wenn die maßgebenden Leute die Forschungen des Internationalen Arbeitsamtes studieren würden (das natürlich nicht frei-wirtschaftlich ist); es stellt auf Grund genauer Ermittlungen fest: Die Krise ist inbezug auf Entstehung und Dauer in den einzelnen Staaten verschieden. Sie ist auch inbezug auf ihre Schärfe verschieden und immer mit Preissturz verbunden. Das gleiche Ergebnis zeigt sich durch die Beobachtungen, die jeder machen konnte: 1926—1929 war unsere Wirtschaft im Aufblühen, U. S. A. besonders stark: prosperity. Zur gleichen Zeit hatten England, Deutschland, Italien u. a. eine schwere Krise. Die sinkenden Preise schlagen nicht über die Grenzen des Währungsgebietes, so wenig wie die steigenden Preise der Inflation diese Grenzen übersprungen haben.

Die Preisentwicklung ist immer und überall eine nationale Erscheinung, die untrennbar mit der Geldversorgung des betreffenden Landes verbunden ist. Die Preisbildung ist daher in jeder Hinsicht, also bei Inflation und bei Deflation, immer ein Problem der nationalen Geldversorgung, ein Problem der Währungspolitik. Darum gibt es keine internationale Lösung der Krise. Genf hat es versucht: es ging nicht. Man probierte es mit der Weltwirtschaftskonferenz in London: es ging nicht. Es ging nicht, weil es nicht gehen kann. Es gibt nur eine nationale Lösung des Krisenproblems: und diese ist immer ein Währungsproblem, das nur der Staat durch sein Geldmonopol, seine Geldverwaltung lösen kann. Der einzige Eingriff = ein richtiges Geld.

Deflation und Schulden.

Wie die Inflation, so bildet auch die Deflation einen unerhörten Betrug am ganzen Volke. Man setzt als selbstverständlich voraus, daß der wirtschaftliche Gehalt des Frankens, d. h. seine Kaufkraft, konstant bleibe. Auf dieser Voraussetzung beruhen alle Geldverträge. Aber die Deflation = Preissenkung vernichtet diese Voraussetzung: die Kaufkraft, die «Güte» des Frankens wird größer. Da aber die Franken das Maß aller wirtschaftlichen Güter und Verträge, Vermögen, Schulden usw. bilden, teilen sie alle sein Schicksal: sie nehmen an der Aufwertung teil. Nach Feststellung des Bundesrates ist die Kaufkraft um 23 Prozent höher. Das bedeutet, daß heute die wirtschaftliche Leistung um 23 Prozent größer sein muß, um den gleichen Geldbetrag aufzubringen wie 1929. Darauf beruht das Elend der Verschuldung, bei Landwirtschaft, Gewerbe usw. Es ist mir daher unverständlich, wie man von einem weiteren Abbau der Preise und Löhne

reden kann, ohne zugleich zu sagen, was denn eigentlich mit den Schulden geschehen soll. An diesem Betrug geht das arbeitende Volk zugrunde. Es gibt daher nur ein Mittel, um die Verschuldung bzw. die Ueberschuldung wieder auszugleichen: die Preise müssen durch währungspolitische Maßnahmen wieder gehoben werden, bis das entstandene Mißverhältnis zwischen Verdienst und Schulden beseitigt ist. Eine andere Lösung des Verschuldungsproblems ist nicht möglich.

Geld als Maß.

Die Inflation hat das Geld als Maß aller Güter verfälscht: die Zahlen der Schuldverträge blieben gleich, der Inhalt wurde ganz anders, die Gläubiger waren betrogen, ebenso Rentner, Vermögensbesitzer. Dasselbe tut die Deflation, die Geldaufwertung: die Zahlen bleiben gleich, der Inhalt wird verändert, erschwert. Alle Inhaber von Sachgütern sind betrogen worden und haben verloren. Wo steckt ihr Verlust? Er steckt in der erhöhten Kaufkraft des Geldes. Daher ist es volkswirtschaftlich richtig zu sagen: die Preissenkung hat die Armen ärmer, die Reichen aber reicher gemacht. Nur trifft der Vorwurf nicht die Reichen, sondern den Staat und seine Geldverwaltung, der diesen Betrug, diese Verfälschung des wirtschaftlichen Maßes zuläßt.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich eine positive Forderung: der Staat, der das Geldmonopol besitzt, hat dieses Monopol so zu verwalten, daß die Kaufkraft des Frankens dauernd gleich bleibt. Dabei kann dieses Maß nur aus der Wirtschaft, nur aus den wirtschaftlichen Gütern selbst entnommen werden: also aus der Gesamtheit derselben, die umgesetzt werden sollen. Dieses Maß ist also eine Be-

ziehung: die Beziehung zwischen Gütern und Tauschmitteln, zwischen Angebot und Nachfrage. Der Ausdruck dieser Beziehung und damit auch der Ausdruck für die Kaufkraft des Geldes ist der Index. Denn nur inbezug auf die wirtschaftlichen Güter im gesamten hat das Tauschmittel einen Sinn und Zweck. Also kann die Kaufkraft des Frankens nur inbezug auf die Güter bestimmt werden: die Währung ist daher inbezug auf die Gesamtheit der Güter stabil zu halten. Das Mittel dazu ergibt sich aus den bisherigen Erfahrungen und Tatsachen. Geldumlaufsvermehrung hebt die Preise, senkt die Kaufkraft, Geldumlaufsverminderung senkt die Preise, hebt die Kaufkraft: Also gibt die Bestimmung des Geldumlaufs das Mittel, um die Kaufkraft des Frankens dauernd gleich zu erhalten. Der Index ist eine technische Angelegenheit: ob er mathematisch exakt errechnet werde oder bloß annähernd, ist bedeutungslos gegenüber dem Umstand, daß überhaupt ein Maß für den Wert des Frankens aufgestellt werde. Thermometer: grob oder fein.

Aktive Währungspolitik.

Damit ist die Aufgabe der staatlichen Währungsverwaltung genau umschrieben: Sie darf das Geld unter keinen Umständen entwerten lassen. Sie darf es nicht aufwerten lassen. Denn Entwertung betrügt alle Vermögensbesitzer zugunsten der Schuldner und Sachbesitzer, und Aufwertung betrügt alle Sachbesitzer und Schuldner zugunsten der Geldbesitzer und führt durch ihre Preiszertrümmerung zur Krise. Also muß die Kaufkraft stabil erhalten werden. Um dies überhaupt durchführen zu können — und zwar nicht als einmalige Tat, sondern als dauernde Handlung, als Verwaltung —, muß verhindert werden, daß ein Teil der Geldmenge der Wirtschaft entzogen

werde. Positiv gesagt: die von der Notenbank ausgegebene Menge Geld muß der Wirtschaft tatsächlich zur Verfügung stehen. Das ist das Ziel, das erreicht werden muß. Wie man es erreicht, ist eine sozusagen technische Sache: wir Freiwirtschafter schlagen eine Steuer gegen das Hamstern vor = Freigeld. Aber der bisher geführte Kampf gegen Freigeld ist lächerlich, weil es sich gar nicht um diese technische Maßnahme handelt, sondern um das Ziel, um den Grundsatz: daß die Kaufkraft des Frankens immer stabil erhalten werden müsse. Das Geld darf nur Tauschmittel sein, also weder Kapitalanlage noch Objekt der Spekulation. Es ist gleichgültig, wie man dieses Ziel erreicht: wenn ein besseres Mittel vorgeschlagen wird als der Umlaufzwang, so verzichten wir auf unser Freigeld. Hauptsache ist, daß die Zusammenhänge erkannt und die Erkenntnisse praktisch verwertet werden. Inflation und Deflation sind immer Angelegenheiten der staatlichen Geldverwaltung. Beide entstehen aus Veränderungen der Geldmenge im Hinblick auf das Angebot der Wirtschaft. Beide müssen — als schwere Uebel der Wirtschaft — vermieden werden. Sie können nur durch eine aktive, zielbewußte Währungspolitik vermieden werden, deren Ziel die Stabilisierung der Kaufkraft des Frankens ist. Ist durch solche Währungspolitik die Zertrümmerung der Preise unmöglich geworden, so ist damit auch die Wirtschaftskrise unmöglich geworden. Durch welches technische Mittel das Ziel erreicht wird, ist nebensächlich; nach unserer Ueberzeugung ist der Umlaufzwang oder die fortwährende Abstempelung der Noten am einfachsten und wirkungsvollsten. Daher hat es keinen Sinn, «Freigeld» zu bekämpfen. Man soll vielmehr die Frage beantworten: nach welchen Richtlinien muß das Geldmonopol verwaltet werden, um seine Aufgabe richtig zu erfüllen?

Goldwährung.

Die Goldwährung beruht auf der Ansicht, daß das Geld gedeckt sein müsse durch einen wertvollen Stoff: Gold. Ich will darüber nicht lange streiten. Ich habe in der Schrift «Was ist Geld» nachzuweisen versucht, daß das Geld seinen Wert nur aus dem Vorhandensein wirtschaftlicher Güter erhält. Die Deckung liegt also nicht hinter dem Geld, sondern vor ihm auf dem Markte, in Form von Gütern. Aber ist die Goldwährung eine natürliche Währung? Man vergißt, daß das Verhältnis zwischen Gold und Geld durch bloße Willkür staatlich bzw. gesetzlich festgesetzt wurde. Man behauptet, daß der Staat Gold haben müsse, um Geld zu machen. Wieso hat denn die deutsche Mark noch ihren Wert, da sie doch keine Deckung mehr hat? Mit was haben wir denn das erste Gold bezahlt, da wir ja kein eigenes haben? Mit was bezahlen wir das viele Gold, das wir heute haben? Wir bezahlen das Gold mit Leistungen! Wir haben keinen besonderen Haß auf die Goldwährung. Wir verwerfen sie nur, weil sie einer vernünftigen Währungspolitik im Wege steht. Die Aufhebung der Goldwährung bildet keinen Fortschritt. Sie ist eine rein negative Maßnahme, um den Weg für eine andere Währungspolitik frei zu machen. Wir betrachten es auch als sinnlos, in Afrika Gold aus der Erde zu graben, um es in Bern wieder einzugraben. Nach unserer Auffassung ist das Geld dazu da, um in der Wirtschaft umzulaufen und den Umsatz der Güter zu ermöglichen. Das Gold war in früheren Zeiten als Währungsgrundlage nötig, um eine natürliche Schranke gegen willkürliche und beliebige Geldvermehrung aufzurichten. Aber heute haben wir diese Schranke nicht mehr nötig, weil wir die Natur des Geldes besser kennen. Unsere Schranke bildet das Gesetz. So gut das Gesetz bestimmen

kann, daß man aus 1 kg Gold 3444 Franken macht, ebenso gut kann es bestimmen, daß die Geldverwaltung die Kaufkraft des Geldes stabil halten muß. Unterstellt man die Ausführung dieses Gesetzes der Kontrolle des Staates, des Parlamentes und des Volkes, so sind wir vor jedem Mißbrauch, vor jeder Inflation und jeder Deflation sicher.

Aber wir sind weitherzig: wir lassen die Golddeckung bestehen, um ängstliche Gemüter zu beruhigen, sofern nur die Hauptsache gemacht wird: daß der Franken unter allen Umständen stabil gehalten werde. Aber diese Stabilität bezieht sich nicht auf einen einzelnen Stoff, z. B. das Gold, und auch nicht auf die Währung eines andern Staates, sondern ausschließlich auf die Kaufkraft, auf den wirtschaftlichen Wert und Gehalt des Frankens. Darum hat die Antwort «wir bleiben bei der Goldwährung» gar keinen positiven Inhalt: sie sagt über das Wesentliche, die Hauptsache beim Gelde, nichts aus. Diese Antwort sagt bloß: wir machen aus 1 kg 3444 Franken. Aber was dann dieser Franken der Wirtschaft gegenüber ist, das sagt sie nicht.

Und wenn von einem «gesunden Franken» gesprochen wird, so muß doch festgestellt werden, was denn «gesund» heißt. Der Franken ist das Maß aller unserer wirtschaftlichen Güter und Vermögen. Dieses Maß ist dann «gesund», wenn es unveränderlich ist; das ist der Sinn eines Maßes. Der Schweizerfranken hat von 1914 bis 1920 55,6 Prozent seiner Kaufkraft verloren: er war krank. Der gleiche Schweizerfranken hat von 1929—1934 an Kaufkraft 23 Prozent, seit 1920 sogar 72 Prozent zugenommen: er ist krank. Und weil der Franken krank ist, ist auch die Wirtschaft krank. Genau wie bei der Inflation: das kranke Geld der Inflation versetzt die Wirtschaft in Fieber. Das aufgewertete, aus der

Wirtschaft verschwundene Geld der Deflation versetzt die Wirtschaft in Schrumpfung und Erstarrung. Da helfen keine Subventionen und Notverordnungen. Die einzige Möglichkeit, das Uebel zu heilen, besteht darin, daß man dort eingreift, wo es entstanden ist.

Kann man überhaupt ohne Goldwährung leben? Die Antwort darauf gab die Schweiz von 1914 bis 1929! Das darf nicht vergessen werden. England, Schweden, 60 weitere Staaten leben ohne Goldwährung. Das Entscheidende am Geld ist eben nicht der Stoff, sondern die Kraft, die Kaufkraft, und diese kann durch ein Papier gerade so gut getragen werden wie durch Gold. Die Antwort auf die Frage nach den Richtlinien der schweizerischen Währungspolitik lautet also nicht: wir bleiben beim Gold und dulden keine Experimente. Sie muß lauten: die schweizerische Geldverwaltung hat dafür zu sorgen, daß die Kaufkraft, die «Güte» des Schweizerfrankens dauernd konstant bleibt.

Aber man sagt: wir brauchen die Goldwährung, um uns vor Inflation zu schützen. Hat die Goldwährung dies jemals getan? Sie wurde immer aufgehoben. Haben England, Schweden usw. jetzt Inflation? Nein. Inflation und Deflation hängen nicht vom Stoff ab, aus dem das Geld gemacht ist, sondern von der Menge, die in der Wirtschaft vorhanden ist. Heute kann Goldwährung sogar eine Gefahr sein. Wir haben ca. 2 Milliarden Gold. Was geschieht, wenn auch Italien, Frankreich und Holland von der Goldwährung abgehen? Was geschieht, wenn sich dieses Gold teilweise entwertet? Wer wird die Verantwortung für diesen möglichen Verlust übernehmen? Wir sollten heute unsern Goldschatz anders verwenden. Deckung ist nicht nötig, aber aus psychologischen Gründen könnte man 500

Millionen behalten, was genügt. Weitere 500 Millionen sollte man für die Uebergangszeit als Devisenausgleichsfonds bereithalten, wenn wir den Franken-kurs senken bzw. senken müssen. Mit dem Rest von 1 Milliarde sollten Staat und Private, denen das Gold zu diesem Zwecke (gegen Belastung natürlich) gegeben werden sollte, ihre ausländischen Schulden bezahlen, um zum vollen Kurs zu bezahlen und um das Risiko einer Goldentwertung abzuschieben. Wir haben 1916 vor dem Silber der lateinischen Münzunion gewarnt, natürlich umsonst. Ergebnis: Verlust von 120 Millionen. Wir warnen heute vor dem großen Goldschatz, natürlich umsonst. Ergebnis: Verlust von ??? Aber gerade dieser Goldschatz zeigt, daß die Nationalbank ihrem eigentlichen Zwecke entfremdet worden ist. Ihr Zweck wäre, die schweizerische Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Die schweizerische Wirtschaft hat kein Interesse an Banknoten, die gegen Goldabgabe ausgeliefert werden und irgendwo im In- oder Ausland untätig liegen. Die schweizerische Wirtschaft hat nur Interesse an lebendigem Geld. Solches aber ist Geld, das in der Wirtschaft zirkuliert und dem Volke Arbeit und Verdienst verschafft. Man wirft uns vor, unsere Wirtschaftsauffassung sei Glaubenssache. Aber die merkwürdigste Glaubenssache ist doch die Goldwährung, und den Zauber, wie die Kraft des Goldes in das Papier hineinkriecht und dann doch im Golde verbleibt, hat mir noch kein Mensch erklärt.

Export und Wechselkurs.

Bundesrat Schultheß hat den Export als Schlüsselstellung entdeckt. Das ist er nicht, weil es keine Rangordnung der Erwerbszweige gibt. Die einzige Schlüsselstellung der Wirtschaft ist die Geldverwaltung. Aber Export ist, wie Landwirtschaft, Gewerbe

usw. ein Sorgenkind. Seine Schwierigkeiten: er verliert die ausländischen Absatzgebiete, kann nicht mehr konkurrieren. Die Herstellungskosten sind zu hoch, die Zölle, Einfuhrbeschränkungen usw. hindern ihn. Darum sagt Bundesrat Schultheß: wir müssen uns anpassen, die Löhne und Preise und Mieten senken, um die Produktionskosten zu senken. Bundesrat Schultheß hat meine Frage, an was anpassen, beantwortet: an die «Verhältnisse», an das «Bedürfnis». Aber das ist keine Antwort; an welche Verhältnisse, an welches Bedürfnis? Ich will meinerseits bei dieser ernsten Sache keine Deflationswitze über «tuberkulöses Geld» machen wie Bundesrat Schultheß, die sehr billig sind, aber der Qualität entsprechend. Ich könnte ja fragen: wer denn für das tuberkulöse Geld der Volksbank, der Deutschland-Milliarden verantwortlich sei? Wir Freiwirtschafter nicht. Bei Zöllen, Einfuhrverboten usw. ist festzustellen: wir machen sie selber auch, können also nicht verlangen, daß sich die andern Staaten uns gegenüber anders aufführen als wir selbst. Sie sind immer eine Folge der Deflation, der sinkenden Preise: Bei sinkenden Preisen verlangt man Schutz des Staates. Der Staat muß vor der Konkurrenz des Auslandes schützen, weil er das am besten kann, weil er den eigenen Volksgenossen die Konkurrenz nicht verbieten kann: also Erschwerung der Einfuhr von Waren, Erschwerung der Einreise von Arbeitskräften. Schutzzollpolitik usw. ist immer eine Folge sinkender Preise im Inland. Sodann eine Feststellung: 1929 waren unsere Preise hoch, viel höher als heute. Auch die Löhne waren höher. Trotzdem blühte der Export. Seit 1930 haben wir die Senkung der Preise, sind also «billiger». Trotzdem: fortwährende Abnahme des Exportes. Das sind Tatsachen, und Tatsachen sollte man gelten lassen. Ferner: es gibt keinen generellen Export, immer nur konkre-

ten Export vom Ausfuhrland in das Einfuhrland. Dieser konkrete Export untersteht nicht irgendwelchen «Weltwirtschaftsbedingungen», sondern den sehr konkreten Wirtschaftsbedingungen des Export- und des Abnahmelandes. Also ist schon aus diesem Grunde eine generelle «Exportpolitik» gar nicht möglich. Es gibt z. B. Staaten, die durch die Deflation (ähnlich wie bei uns) derart verarmt sind, daß sie als große Abnehmer vorläufig nicht mehr in Frage kommen: z. B. Oesterreich. Es ist möglich, den Export nach einem solchen Staate zu fördern. Andere Staaten wären reich genug, von uns zu kaufen; aber sie tun es nicht oder ungenügend, weil wir «zu teuer sind». Warum sind wir zu teuer? Wegen zu hohen Löhnen? In den meisten Industrien ist es überhaupt nicht mehr möglich, die Löhne noch weiter zu senken. Auch die Preise können nicht weiter gesenkt werden, wenn das Mißverhältnis zwischen Verdienst und Schulden nicht noch schlimmer werden soll. Wir haben ja, um es noch einmal zu sagen, 1929 höhere Löhne und höhere Preise bezahlt und trotzdem exportieren können. Wo liegt also der Fehler? Export ist Verkauf an einen Käufer, der unter fremder Währung steht. Das hat Bundesrat Schultheß in Aarau zwar vergessen, aber gerade das ist das Entscheidende. Jede schweizerische Rechnung muß vom ausländischen Käufer in seine Währung umgerechnet werden. Maßgebend ist nicht die Höhe der schweizerischen Rechnung in der betreffenden ausländischen Währung. Maßgebend ist vor allen Dingen der Wechselkurs. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Ausländer eine schweizerische Rechnung im Ausland bezahle, oder ob er Franken kaufen will, um in die Schweiz zu kommen. Die Hotellerie ist daher inbezug auf die ausländischen Gäste tatsächlich auch eine Exportindustrie.

Wie entsteht der Wechselkurs, also der Preis des

Schweizerfrankens für den Ausländer? Das ist heute nicht ganz einfach zu sagen, weil das frühere normale Spiel von Angebot und Nachfrage weitgehend durch Devisenvorschriften und andere handelspolitische Maßnahmen gestört wird. Auch die merkwürdigen Währungsmanipulationen anerkannter Fachleute wie Schacht, die auch bei uns als Währungsfachleute hohes Ansehen genießen, tragen nicht gerade zur Normalisierung der Dinge bei. Immerhin: Grundlage des Wechselkurses bildet zunächst die Inlandskaufkraft. Ein Geld, dessen Kaufkraft im Inland gering ist, wird auch vom Ausland gering bezahlt. Umgekehrt: ein Geld mit großer Inlandskaufkraft erzielt auch einen entsprechenden Preis im Wechselkurs. Auf dieser allgemeinen Grundlage bildet sich sodann das Spiel von Angebot und Nachfrage, hauptsächlich an Handelswechseln. Haben wir große Gutshaben im Ausland, so wird die Nachfrage nach Schweizerwechseln groß: der Kurs steigt. Haben wir große Schulden im Ausland, so wird unsere Nachfrage nach Auslandswechseln groß: unser Kurs fällt, der Auslandskurs steigt. Das spielt in normalen Verhältnissen täglich und leicht: große Unterschiede gleichen sich fast automatisch durch entsprechende Warenverkäufe aus. Unter Umständen werden Differenzen auch durch Gold ausgeglichen. Aber zu diesem sozusagen normalen Spiel der Währungen kommt — ähnlich wie bei der Inflation, nur umgekehrt — in der Deflation ein weiterer Faktor: Die Senkung der Preise erhöht die Kaufkraft, den wirtschaftlichen Gehalt des Frankens: der Kurs steigt. Bei andauernder Senkung rechnet man mit einer andauernden Erhöhung der Kaufkraft: diese erwartete Erhöhung wird im Wechselkurs eskomptiert, ähnlich wie seinerzeit umgekehrt die erwartete weitere Entwertung der Mark eskomptiert wurde. Politische Erschütterungen, Kapitalflucht, Unsicherheit

in der Währungsfrage führen Ausländer dazu, in eine «sichere Währung» zu flüchten: die Nachfrage wird größer und hebt den Kurs. Verkünden die Staatsmänner der betreffenden Währung, daß sie in alle Ewigkeit beim Golde bleiben und an der Währung nichts ändern werden, so erhält man die Ehre, «Vertrauter und Bankier» aller dieser Leute zu werden: der Kurs steigt. Mit anderen Worten: das Tauschmittel Geld, das den Gütertausch in der Wirtschaft besorgen sollte, wird zum Objekt der Kapitalflucht; es wird zur gehamsterten Ware. Je größer die Nachfrage nach dieser Hamsterware wird, umso höher steigt deren Preis: der Wechselkurs. Dieser unnatürlichen Preis-, d. h. Wechselkurssteigerung setzt der Mechanismus der Goldwährung nur einen ungenügenden Widerstand entgegen. Daraus entsteht eine Diskrepanz zwischen Inlandkaufkraft und Wechselkurs: der letztere ist höher, als dies der Inlandkaufkraft entsprechen würde. Man kauft z. B. heute in England für 1 engl. Pfund mehr als hier für 15.5 Fr. Das gilt auch für Deutschland: die Kaufkraft von 80 Reichsmark in Deutschland ist größer als von 100 Fr. hier.

Zu diesem ungenügenden Widerstand kommt noch der weitere Umstand, daß der Goldpreis selber nicht unveränderlich ist. Er ist z. B. in den letzten Jahren gestiegen. Daraus ergibt sich für eine Währung, die an das Gold gebunden ist, die Folge, daß sich die Diskrepanz zwischen Inlandkaufkraft und Wechselkurs noch mehr verschärft. Da diese Verschärfung durch allgemeinen Preiszerfall zutage tritt, begegnet man ihr durch Schutzzölle, Einfuhrsperrern usw. Aber auch diese Mittel sind ungenügend, um die Diskrepanz auszugleichen. Aus diesen Gründen, die keineswegs als «natürliche» bezeichnet werden können, entsteht der zu hohe Wechselkurs. Dieser Wechselkurs ist es, der

uns von den Auslandsmärkten abriegelt. Nicht die hohen Löhne und die hohen Lebenskosten etc. machen unsere Exportwaren für den Ausländer zu teuer, sondern der zu hohe Wechselkurs, durch den jede schweizerische Rechnung umgerechnet wird. Ich will einige Angaben darüber machen, wobei wir das Jahr 1928 als Stichjahr oder Ausgangsjahr annehmen. Die Grundlage der Berechnung bildet die Kaufkraftparität gemäß dem Landesindex. Dabei sind selbstverständlich die Bewegungen der beiden Indices — also desjenigen der Schweiz und desjenigen des andern Währungslandes — berücksichtigt. Eine nicht sehr bedeutende Fehlerquelle liegt bloß darin, daß die versuchte Ausgleichung durch die Zölle nicht berücksichtigt ist. Wir fragen also: wie müßte der Wechselkurs des Schweizerfrankens nach der Parität der Inlandkaufkraft stehen und wie steht er tatsächlich? Mit andern Worten: ich will zahlenmäßig begründen, wieso ich dazu komme, in Ziff. 3 meines Postulats eine Senkung des Wechselkurses mindestens inbezug auf Pfund und Dollar zu verlangen. Man könnte sich — ohne freiirtschaftliche und währungspolitische Hintergedanken — die Frage stellen, ob es vom Standpunkt der Schweiz als Exportland aus klug war, auf den Währungsanschluß der weltumspannenden Staaten England und Vereinigte Staaten zu verzichten und sich dafür den paar bescheidenen Goldblockländern anzuschließen, die sich samt und sonders in Krämpfen winden und letzten Endes die Goldwährung doch nicht zu halten vermögen. Man hat hier aus einer mindestens umstrittenen währungspolitischen Idee ein Ideal gemacht, an dem wir offensichtlich wirtschaftlich zugrunde gehen. Der Vergleich der tatsächlichen Wechselkurse mit den Wechselkursen, wie sie auf Grund der Kaufkraftparität sein sollten, zeigt folgendes Bild:

Engl. Index- zahl	Schweiz. Index- zahl	Schweiz. Indexzahl in % der engl.	Stand des schweiz. in- dexes gemes- sen am engl.: Parität von 1928 = 100	Pfund Sterling- Kurs i. d. Schweiz: Jahresdurch- schnitt	Welcher Kurs hätte der Kaufkraft- Parität auf- gesprochen Basis 1928
England					
1926	148	145	97,973	94,778	25,152
1927	142	142	100	96,739	25,237
1928	140	145	103,371	100	25,265
1929	137	141	102,910	99,554	25,190
1930	120	126	105,000	101,576	25,084
1931	104	110	105,769	102,320	23,346
1932	102	86	94,118	91,049	18,035
1933	101	91	90,009	87,074	17,130
1934	104	89	85,577	82,973	15,50
U. S. A. Amerik.					
			gemessen am amerik.	Dollar-Kurs	
1926	143	145	101,399	97,204	5,176
1927	137	142	103,650	99,362	5,191
1928	139	145	104,316	100	5,192
1929	137	141	102,920	98,662	5,186
1930	124	126	101,613	97,409	5,159
1931	105	110	100,427	100,427	5,153
1932	93	96	103,226	98,955	5,131
1933	95	91	95,789	91,826	4,130
1934	107	89	83,178	79,737	3,10

Ich habe die Berechnungen nicht selber gemacht, sondern verdanke sie dem Freiwirtschafter Herrn Müller-Merminod in Basel, an den Sie sich in Wechselkursfragen vertrauensvoll wenden können, sofern Sie diese Dinge nicht als Phantasterei abtun wollen. Ich greife aus den verschiedenen Kursen nur diejenigen auf Pfund und Dollar heraus: Pfund: Kurs 1934 15,50, Kurs auf Kaufkraftparität 20,96. Dollar: 1934 3,10. Das bedeutet: der Kurs Pfund : Franken und derjenige Dollar : Franken ist gut 30 Prozent tiefer, als er gemäß der tatsächlichen Kaufkraft der Währungen sein sollte. Vom Franken aus betrachtet: sein Kurs gegenüber diesen beiden Weltwährungen ist etwa 30 Prozent zu hoch! Das ist das entschei-

dende Hindernis für unsere Exportindustrie und für unsere Hotellerie. Und nun machen Sie ruhig den Versuch, dieses Hindernis durch einen weiteren Abbau der Preise und Löhne um 20—30 Prozent zu überspringen. Ich will Ihnen sagen, was Sie dabei erreichen: Sie werden das Ziel, die Förderung des Exportes, nicht erreichen. Sie werden das Mißverhältnis zwischen Verdienst und Schulden im Inland vergrößern. Sie treiben das arbeitende Volk in die Katastrophe und in die Revolution, genau wie Herr Schultheß dies richtig gesagt hat. Es steht Ihnen auch vollständig frei, alle diese Ausführungen als Phantasterei oder als Kreuzung zwischen Phantasie und Dilettantismus abzutun: die Wirklichkeit hat uns bis jetzt recht gegeben und wird uns weiterhin recht geben. Aus diesen Feststellungen ergibt sich zwingend die Forderung, wie sie Ziff. 3 meines Postulates enthält: Der zu hohe Wechselkurs des Frankens muß gesenkt werden, nicht planlos, sondern nach einem bestimmten Ziel. Wenn Sie nicht wissen, wie man das macht, so können Sie die Herren Kollegen von England oder Amerika fragen. Vermutlich wird man Ihnen nächstens auch in Rom sagen können, wie man den Wechselkurs herunterbringt.

Nun geht das bekannte Geschrei los: die Währung ist in Gefahr, der Franken rutscht, wir haben Inflation und Entwertung. Daß Leute, die in diesen Fragen nicht sonderlich zuhause sind, so reden, kann ich verstehen. Nur wäre es besser, wenn sie überhaupt schweigen oder dann mindestens vorher die Tatsachen prüfen würden. Tatsache ist, daß in England, Schweden, Norwegen und Dänemark keine Inflation, keine Entwertung des Geldes eingetreten ist. Tatsache ist, daß besonders die Engländer immer noch gesund und munter sind, sodaß sogar die «Neue Zürcher Zeitung» Berichte veröffentlicht, die

einem den Mund wässerig machen. Der Franken kann nicht rutschen, solange die verantwortliche Leitung der Notenbank ihn nicht rutschen läßt. Ist sie dazu nicht imstande, so ist sie eben ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Eine gewisse Gefahr, die wir nicht übertreiben wollen, liegt allerdings in der Möglichkeit, daß die gehamsterten 700 Millionen plötzlich auf dem Markt erscheinen und uns eine Inflation um 100 Prozent verursachen. Auf diese Gefahr haben wir Freiwirtschafter allein schon vor Jahren hingewiesen. Aber wir haben die Möglichkeit, ihr ohne weiteres zu begegnen: indem wir diese drohenden Noten durch Gold einlösen und damit das lästige Metall los werden. Dies kann eintreten, aber es muß nicht, so wenig wie in England oder Schweden. Wer um den Franken Angst hat, wenn wir den Wechselkurs senken, der kennt den Unterschied nicht zwischen Wechselkurs und Inlandkaufkraft. Inlandkaufkraft ist, wie der Name sagt, die Kaufkraft des Frankens inbezug auf die Gesamtheit aller angebotenen Güter. Der Wechselkurs ist der Preis unseres Frankens für den Ausländer. Ob wir diesen Preis heben oder senken, braucht auf die Kaufkraft keinen Einfluß zu haben. Denn nicht der Abgang von der Goldwährung, sondern die Vermehrung oder Verminderung des umlaufenden Geldes im Verhältnis zum Warenangebot bestimmt die Kaufkraft desselben.

Wie aber steht es mit unsren Schulden im Ausland? Auch da werden die schrecklichsten Dinge erzählt. Unsere Auslandsguthaben werden entwertet, wir müssen unsere Rohstoffe im Ausland teurer bezahlen. Ein guter Mann hat sogar schon ausgerechnet, daß das 320 Millionen ausmacht. Wie steht es damit? Zunächst ist ganz klar, daß diejenigen Inländer, die im Augenblick der Kurssenkung Schulden im Ausland haben, geschädigt würden.

Daran ist kein Zweifel. Es würde der umgekehrte Fall von dem eintreten, den wir schon erlebt haben: als unsere Exporteure einen Verlust an ihren Pfundguthaben erlitten. Aber wir können diese Verluste vermeiden, indem wir diesen Schuldern aus dem Goldüberfluß Gold zur Verfügung stellen, um ihre Schulden zu bezahlen. Dabei verliert niemand, weil ja die Belastung in Franken erfolgt. Wieso aber unsere Gläubiger von Auslandsforderungen geschädigt werden sollen, ist nicht einzusehen. Haben sie Forderungen in ausländischer Währung, so machen sie durch die Kurssenkung ein gutes Geschäft. Haben sie Auslandsforderungen in Schweizerfranken, so erhalten sie ihre Franken, auf die sie Anspruch haben. Ob der Schuldner billiger oder teurer zu diesen Franken kommt, kann ihnen gleichgültig sein.

Ernsthafter ist die Angst, wir müßten unsere Rohstoffe im Ausland teurer bezahlen. Ich begreife allerdings diese Angst nicht recht, nachdem uns Herr Schultheß gestern erklärt hat: wir belasten den ganzen Import bereits durchschnittlich mit etwa 20 Prozent. Es ist doch merkwürdig: immer heißt es, wir sollten keine billigen Waren hereinlassen. Darum belasten wir sie mit Zöllen, oder sperren sie ganz aus. Sobald man aber vom Wechselkurs redet, jammern die gleichen Leute: wir lassen uns die Auslandswaren nicht verteuren! Einverständen; aber warum verteuren wir sie denn mit Zöllen? Wir hätten also schon mit dieser Zollbelastung ein Mittel in der Hand, um die gefürchtete Verteuerung auszugleichen. Wir brauchten nur diese Belastung aufzuheben oder deren Ertrag für diejenigen Rohstoffe zu verwenden, die wir billig haben müssen. Aber nicht einmal diese Maßnahme ist notwendig. Eine einfache Rechnung hätte jeden von dieser Angst geheilt:

Heute, also vor der Wechselkurssenkung
Schweizer kauft in Frankreich für 250 französische
Franken Rohmaterial und bezahlt

beim Kurs 20	50.— Schw.-Fr.
Arbeitslöhne	50.—
andere Unkosten, event. Gewinn	50.—
Schweizer Rechnung	150.— Fr.

Verkauf der fertigen Ware nach Frankreich: der
Franzose braucht, beim Kurse 20, 750 französische
Franken, um diese Ware zu kaufen.

Rechnung nach Kurssenkung um 20 %	
Schweizer kauft für 250 französische Franken	
Kurs 24	60.— Schw.-Fr.
Arbeitslöhne	50.—
andere Unkosten 50 Fr. wie früher + $\frac{1}{5}$ Regie von wei- teren 10 Fr.	52.—
Schweizer Rechnung	162.— Fr.

Beim gesenkten Kurse 24 braucht der Franzose 675 französische Franken statt 750 französische Franken, um die gleiche Schweizerware zu kaufen. Der Schweizer kann also noch einen Gewinn darauf-schlagen und trotzdem billiger liefern. Man sollte bei solchen Dingen eben nicht nur die Ausgaben betrachten, sondern auch die Einnahmen, d. h. man sollte volkswirtschaftlich, dynamisch denken. Ob übrigens Ausländer mit abgewerteter Währung noch bei uns kaufen, zeigt am besten unsere Ausfuhr nach England und U. S. A. Aber wenn nun alle das machen, stellt sich die Frage: hebt sich die Wirkung nicht auf, sodaß der ganze Zauber nutzlos wird? Wenn alle das machen, so bedeutet dies, daß das natürliche Spiel des Wechselkurses wieder einsetzen kann, wie wir es vor der Krise hatten. Ob das ein Vorteil sei oder nicht, mag jeder selbst entscheiden.

Es ist aber klar, daß diese notwendigen Maßnahmen sinnlos werden, wenn nachher wieder die gleichen währungspolitischen Fehler gemacht werden, die zur heutigen Lage geführt haben. Wie die Deflation oder Inflation, so kann man auch Fehlentwicklungen der Wechselkurse nur durch währungspolitische Maßnahmen korrigieren. Das Ziel aber ist immer dies, daß solche Korrekturen nicht mehr notwendig werden. Dieses Ziel kann nur durch aktive Währungspolitik, die die Kaufkraft des Frankens konstant erhält, erreicht werden. Man braucht uns daher die Fehler oder Unklarheiten, die bis jetzt in England, U. S. A. und anderswo gemacht wurden, nicht unter die Nase zu halten. Wir kennen sie besser als unsere Gegner. Ich habe bereits erklärt: die bloße Aufgabe der Goldwährung ist eine rein negative Maßnahme, die positiv noch gar nichts über die Währungspolitik aussagt. Diese negative Maßnahme erhält erst dann einen Sinn, wenn sie positiv ergänzt wird. Diese positive Ergänzung kann aber wiederum nur darin bestehen, daß jeder Staat seine Währung inbezug auf die Kaufkraft stabil hält. Dadurch bringt er nicht allein die Inlandswirtschaft zum Blühen, sondern erwirkt auch einen stabilen Wechselkurs gegenüber allen denjenigen Währungen, die ebenfalls stabil sind.

Vorübergehende Maßnahmen.

Wir dürfen die Kaufkraft des Geldes nicht auf dem heutigen Preisstand stabilisieren. Denn sonst bleibt das durch vier Deflationsjahre hervorgerufene Mißverhältnis zwischen Einkommen und Schulden bestehen, sodaß einige Generationen an diesen Schulden verbluten werden. Wir müssen daher vorher als vorübergehende Maßnahme die Preise zielbewußt und langsam ansteigen lassen. Diese Maßnahme kann nur durch aktive Währungspolitik

durchgeführt werden. Die heute ausgegebenen Noten müssen zurückgerufen und durch andere ersetzt werden. Zugleich ist zu erklären, daß die Periode der Preissenkung endgültig abgeschlossen sei. Schon dies allein wird eine Belebung der Wirtschaft hervorrufen. Sodann ist durch planmäßige Notenausgabe anhand des Großhandelsindex eine allmähliche Steigerung der Preise herbeizuführen. Das Ausmaß dieser Preissteigerung soll aus praktischen Gründen nicht zum vornherein pedantisch festgestellt werden. Es genügt, wenn eine obere Grenze festgelegt wird. Ich habe als obere Grenze eine Steigerung verlangt, bis der Kleinhandelsindex zum Steigen kommt und die Landwirtschaft ohne Staatsunterstützung bestehen kann. Aber in der Praxis wird es kaum notwendig sein, die Deflation von 1930—1934 gänzlich zu korrigieren; denn die anziehenden Preise werden sehr rasch günstig auf die gesamte Wirtschaft einwirken, deren Zustand ja fortwährend beobachtet wird. Erweist sich eine weitere Steigerung nicht mehr als notwendig, so wird auf der dannzumaligen Preislage endgültig stabilisiert. Die Einzelpreise werden, wie dies immer war, dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen. Der Durchschnittspreis aller Waren, und damit auch die Kaufkraft des Geldes, bleibt dauernd stabilisiert. Diese zielbewußte Währungspolitik kann, sofern das Hamstern des Geldes unmöglich gemacht wird, weder durch das Ausland noch durch die Spekulation durchkreuzt werden. Die Preise des Auslandes werden, wie dies immer geschah, durch den Wechselkurs umgerechnet. Sie können wohl zu Schwankungen der Einzelpreise führen, wie dies ebenfalls immer geschah, niemals aber eine Hebung oder Senkung des allgemeinen Preisstandes bewirken. Die willkürliche Vermehrung oder Verminderung von Tauschmitteln durch die Spekulation wird fortwährend durch ent-

sprechende Gegenmaßnahmen der Notenbank ausglichen und zudem durch irgendeine Form des Umlaufzwanges unmöglich gemacht. In welcher Form dieser Umlaufzwang durchgeführt wird, ist eine Frage der Technik. Freigeld ist in dieser Hinsicht nur ein Vorschlag. Diese zielbewußte Preissteigerung und die damit selbstverständlich verbundene Senkung der Kaufkraft des Geldes kann auch den Geldbesitzern, Vermögensinhabern usw. ohne weiteres zugemutet werden, weil sie ja in den vier Deflationsjahren ohne ihr Zutun einen Zuwachs an Kaufkraft erhalten haben, der auf Kosten der Sachbesitzer stattfand und gerade die Ursache ihrer Ueberschuldung war. Es erleidet also niemand weder rechtlich noch moralisch ein Unrecht durch diese vorübergehende Preissteigerung. Wohl aber erfährt die Wirtschaft durch sie sofort eine starke Belebung, die anhält, weil man nun endlich wieder kalkulieren und ohne Verlust produzieren und verkaufen kann.

Eine weitere vorsorgliche Maßnahme ist gegenüber der Bodenspekulation notwendig. Sobald die Preise der Sachgüter anziehen, wird sich die Spekulation dem Grund und Boden zuwenden. Daraus entsteht die Gefahr, daß bei Neuerwerbungen der Ausgleich zwischen Preisen und Schulden, der durch die Preishebung bewirkt wird, durch spekulative Ueberzahlungen hintertrieben wird. Dagegen müssen im Interesse der schweizerischen Landwirtschaft und der Mieter vorsorgliche Maßnahmen getroffen werden. Diese können darin bestehen, daß alle Liegenschaftskäufe der Genehmigung einer lokalen Kontrollkommission unterstellt werden. Sie können auch darin bestehen, daß den Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften ein gesetzliches Vorkaufsrecht an den zum Verkauf gelangenden Liegenschaften eingeräumt wird. Diese

Maßnahmen sind solange durchzuführen, bis ein Bundesgesetz überhaupt Ordnung im schweizerischen Bodenrecht schaffen wird.

Schluß.

Damit bin ich zu Ende gekommen. Sie sind voraussichtlich enttäuscht. Sie erwarteten ein Zauberittel gegen die Wirtschaftskrise, das man mit einem billigen Witz abtun konnte. Statt dessen hörten Sie wirtschaftliche Theorien, die keineswegs ganz leicht sind. Sie begreifen vielleicht auch, warum die geradezu fanatische Bekämpfung der Freiwirtschaft bis jetzt wirkungslos war. Sie richtete sich fälschlicherweise gegen das Schwundgeld, also gegen eine rein technische Maßnahme zur Erreichung eines bestimmten Zweckes. Die grundlegenden Gedanken aber sind bis heute nicht widerlegt und können nicht widerlegt werden. Sie gipfeln in dem Satze, daß die staatliche Währungsverwaltung den entscheidenden Einfluß auf die allgemeine Preisbildung ausüben kann und daß damit dem Staate ein Mittel in die Hand gegeben ist, sein Volk vor Krise wie vor Geldentwertung zu bewahren.

Dieses Problem der Währung ist heute das Zentralproblem der ganzen Welt. Es beherrschte die Weltkonferenzen von Genf, Lausanne und London, ohne eine Lösung zu finden. Eine internationale Lösung kann auch nicht gefunden werden, weil das Geldwesen ein Monopol des einzelnen Staates ist und für sein Gebiet nur von diesem geordnet werden kann. Die Ordnung im staatlichen Geldwesen ist die notwendige Voraussetzung für die Ordnung im internationalen Geldwesen und damit auch für die Ordnung in der ganzen Weltwirtschaft. Jeder

Staat ist durch die Waren mit der ganzen Welt verflochten. Die Waren sind ihrer Natur nach international. Aber das Geld ist seiner Natur nach national. Und wenn dieses Geld nicht richtig funktioniert, so geschieht das, was wir heute erleben: Man versucht künstlich das Geld international zu machen und auf einzelne Wechselkurse festzulegen, und nationalisiert dafür die Waren. Der richtige Weg verläuft umgekehrt: das Geld muß national in Ordnung gebracht werden, dann wird es auch wieder möglich sein, den Waren ihren internationalen Charakter zu lassen.

Die Währungsmaßnahmen in England, U. S. A. usw. beruhen auf der richtigen Erkenntnis, daß das Geldwesen das Zentralproblem der Wirtschaft, ihre Schlüsselstellung ist. Aus dieser Erkenntnis wurden praktische Versuche gemacht. Es sind bloß Versuche, keine zielsicheren abgeklärten Maßnahmen. Aber solche Versuche sind immerhin besser und verraten eine größere geistige Beweglichkeit als das Verharren in alten Ansichten, deren Unrichtigkeit sich durch furchtbare Folgen in der Wirtschaft selbst zeigt. Wir haben keinen Grund, über solche Versuche selbstgerecht zu spotten. Der Zustand unserer eigenen Wirtschaft sollte uns bescheiden machen und davon überzeugen, daß auch wir noch mancherlei lernen müssen. Ob die eidgenössischen Räte diese Probleme endlich aufgreifen und sachlich behandeln werden oder nicht, bleibt sich gleich. Die Entwicklung geht trotzdem ihren Weg. Und was heute nicht freiwillig geschieht, das wird morgen unter Druck und Zwang geschehen müssen: der Druck der Wirtschaftsnot wird so stark werden, daß Sie trotz allem auch das verfemte Problem der Freiwirtschaft aufgreifen müssen. Gleicherweise wird auch der Druck unserer Volksbewegung immer stärker werden. Sie können der

Behandlung dieser Währungsfragen nicht entgehen. Sie haben nur die Wahl, ob Sie sie freiwillig oder gezwungen vornehmen wollen. Jedenfalls steht das Eine fest: mit uns zusammen haben weite Kreise des Schweizervolkes nicht im Sinn, das Wohl des ganzen Volkes dem Irrglauben an die Goldwährung und an die Richtigkeit des chronischen Abbaues zu opfern. Sie können diese Auseinandersetzungen verbieten; aber es wird nichts nützen. Aus dem Volke selbst und aus dem Ausland wird dieses Problem immer wieder aufgeworfen werden, bis es gelöst ist. Denn daß wir die Volkswirtschaft des 20. Jahrhunderts mit ihrer wundervollen Technik und ihren unerhörten Leistungen und Möglichkeiten für alle Zukunft einem Tauschmittel ausliefern werden, das schon Jahrhunderte mangelhaft war, das werden Sie kaum glauben.

Die Antwort an Bundesrat Meyer

(Besorgt von der Geschäftsstelle des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, Bern.)

Die Presse, die die Begründung des Postulats Sonderegger im Ständerat vollständig unterdrückte, hat ausführlich über die Rede von Bundesrat Meyer berichtet; in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2321 vom 20. Dez. 1934) und im «Bund» ist sie sogar wörtlich abgedruckt worden, am gleichen Tag, an dem sie in Bern gehalten wurde; die Antwort ist also verfaßt worden, bevor die Begründung des Postulats angehört worden ist!

Kein Wunder, daß Bundesrat Meyer gar nicht auf die Begründung des Postulats von Dr. H. K. Sonderegger eingetreten ist, sondern daneben vorbeisprach.

Aber seine «Antwort» ist nicht bloß keine Antwort, sondern sie enthält eine Reihe sachlicher Irrtümer, die wir im folgenden aufzeigen müssen, da eine Presseagentur, die Schweizerische Mittelpresse, neben den «großen» Zeitungen diese Irrtümer mit Fleiß in alle kleinen Landblätter hineingebracht und verbreitet hat.

Ist die feste Kaufkraft des Geldes wirklich «ein Experiment»?

Bundesrat Meyer nennt die von den Freiwirtschaftern vorgeschlagene Verbesserung unserer Währungsverhältnisse ein «Experiment». Mit diesem Ausdruck drückt er den Vorschlägen und dem Ziele der Freiwirtschaft gegenüber eine Geringsschätzung aus, die befremdend wirkt, da der Bundesrat selber 1924 die gleichen Grundsätze vertreten hat, ja damals sogar durchblicken ließ, daß er den von den Geld- und Währungsreformern

beschrittenen Weg schon geprüft und selber einzuschlagen beabsichtigt habe. Er schrieb damals (siehe Beilage zum Handelsamtsblatt vom 6. Juni 1925!): «Das Ziel jeder ernsthaften Währungspolitik ist seit mehr als einem Jahrhundert die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, der inländischen sowohl wie der ausländischen gewesen.»

Was sagen andere, nicht mindergewichtige Zeugen zu diesem, unserem Ziel? Wir lassen einige unter hunderten folgen, die alle dasselbe sagen:

Ricardo, einer der bekanntesten englischen Volkswirtschafter:

Eine Währung ist dann als vollkommen zu betrachten, wenn die Kaufkraft der Geldeinheit unveränderlich ist.

Sir Josiah Stamp, gewesener Generalgouverneur der Bank von England in einem offenen Brief an die «Times», 1928, 8. September, Nr. 44 993:

Die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes ist das Fundamental-Problem unseres Zeitalters! Für mich besteht die Grundlage der wirtschaftlichen Zukunft Englands in der Festigkeit des Preisstandes, und wenn dieses Problem von heute ab in 10 Jahren nicht gelöst ist, wird England nur noch eine wirtschaftliche Macht zweiten Ranges sein.

John E. Rovensky, Direktor der Banc of America, in der Versammlung der Stable Money Association, St. Louis, am 30. Dezember 1926:

Das am dringendsten zu lösende Wirtschaftsproblem der unmittelbaren Zukunft ist die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes. Dieses Problem geht die ganze Welt an, in manchen Ländern ist es mehr akut als in andern, aber bis zu einem gewissen Maß ist es überall vorhanden.

Der Bundesrat experimentiert: 1914—20 Inflation, 1920—22 und 1929 bis heute Deflation!

Wir bekämpften von 1914—20 die Inflation und wir kämpfen heute gegen die Deflation, also immer für feste Währung. Und man kann sich schon fragen, ob denn nicht die Proklamierung einer zwanzigprozentigen Abwertung der Sachwerte, also einer entsprechenden Aufwertung des Geldes und damit aller Schulden durch Bundesrat Schultheß nicht ein weit größeres Experiment sei als die von den Freiwirtschaftern verlangte feste Kaufkraft des Geldes, der feste Preisstand. Es gibt viele nüchterne Männer in der Schweiz, die gerade im «Schultheßplan», der zwanzigprozentigen Preissenkung und ebenso großen Schuldenufwertung den «Weg ins Chaos» sehen, den Bundesrat Meyer in der von den Freiwirtschaftern vorgeschlagenen endgültigen Stabilisierung des Preisstandes zu sehen glaubt. Man versetze sich nur in die Lage der Bauern, des gewerblichen und des Handelsstandes, um die Folgen dieser Abwertung aller Sachwerte und Aufwertung aller Schuldverpflichtungen zu ermessen: man wagt ja kaum daran zu denken, welche Zusammenbrüche sich daraus ergeben müßten.

Als seinerzeit die Preise unter der Goldwährung stiegen, da überlegte sich der Bundesrat wie folgt:

«Es müßte die Frage neuerdings überlegt werden, ob wir nicht auf die Stabilisierung des Dollars zugunsten des inneren Preisstandes verzichten sollten.»

So schrieb der Bundesrat am 15. Dezember 1924. Als die Preise der Goldwährungs länder anzogen — und nur sehr wenig anzogen! —, da war für den Bundesrat der Übergang

zur festen oder Indexwährung kein Weg ins Chaos, kein Experiment, kein Sprung ins Dunkle. Heute aber, wo man nicht weiß, wo die Preissenkung aufhören soll, wo man 20% weitere Senkung in Aussicht stellt, da bezeichnet Bundesrat Meyer den genau gleichen Schritt, den man 1924 in Erwägung zog, als einen «Sprung ins Dunkle». Das ist ein Widerspruch, auf den gerade von bürgerlicher Seite schon mehrmals aufmerksam gemacht wurde und der noch nie aufgeklärt worden ist!

Ganz richtig fragte seinerzeit Bundesrat Musy und fragt auch Bundesrat Meyer wieder: was sollen wir ändern, den Preisstand oder den Wechselkurs, wenn das Ausland Inflation oder Deflation treibt? Diese Frage stellten sich Freiwirtschafter schon 1915, als die Kriegsinflation allerorts und nicht am mindesten auch im damals einzigen Goldwährungsland, den Vereinigten Staaten, einsetzte. Ihre Antwort, die sie damals gegeben haben, erwies sich seither immer deutlicher als richtig: keine Inflation, sondern Steigenlassen des Wechselkurses gegenüber dem Ausland, auch gegenüber der amerikanischen Goldwährung. Die Nationalbank versuchte dagegen von 1914 ab krampfhaft, den festen Wechselkurs auf das Gold beizubehalten — mit dem «Erfolg», daß die Preise gleich wie im Goldwährungsland (Vereinigte Staaten) auf das Zweieinviertelfache hinaufgetrieben wurden. (1924 wollte man eine neue Goldinflation, wie wir oben gesehen haben, nicht mehr mitmachen, hatte also etwas gelernt!) Nach 1920 begann man die Inflation wieder gutzumachen durch die Deflation, und heute ist man im Großhandel wieder da, wo man 1914 ausgegangen ist. Hätte man 1915 auf die Freiwirtschafter gehört, so hätte man sich Inflation wie Deflation sparen können und hätte dafür einen wechselnden Wechselkurs

gehabt — aber das hatte man ja doch ohnehin auch noch!! Wir erinnern bloß daran, daß die Kurse des Frankens in den verschiedenen Ländern gewaltig auseinandergingen, aber daß auch der Golddollar bei uns auf 3,92 Fr. sank, dann wieder auf mehr als 6,50 Fr. stieg! Man hatte also schlußendlich weder das eine — den festen Preisstand, die feste Kaufkraft im Landesinnern —, noch das andere, den festen Wechselkurs!

Der kürzlich verstorbene Großindustrielle Peter Westen, der in nicht weniger als vier Ländern Unternehmungen besaß und leitete, erklärte in einer Konferenz mit einem österreichischen Minister seinerzeit wörtlich: «Die Währung, d. h. der Preisstand, die Kaufkraft des Geldes soll wechseln, aber der Wechselkurs soll währen — das ist die Idiotenparole, mit der wir heute regiert werden!»

Und wohlverstanden: Peter Westen stand im Exportgeschäft!

Tatsachen gegen die Goldwährung.

Bundesrat Meyer röhmt die Goldwährung. Was sagen dazu die Tatsachen, was andere Fachleute?

Bundesrat Meyer glaubt, daß das Gold «wertbeständig» sei — weil «die Produktion und die Spekulation keinen wesentlichen Einfluß auf seinen Wert habe».

Die Tatsachen beweisen leider ganz andere Dinge; so zeigt uns die folgende Zusammenstellung die Schwankungen der Kaufkraft des Goldes.

Jahr	Kaufkraft des Goldes	Großhandelsindex in den Vereinigten Staaten
1873	100	100
1886	177	58
1891	123	79
1895	177	58
1900	134	73
1903	150	66
1912	111	90
1913	129	78
1920	36	282
1922	50	197
1924	56	178
1932	84	119

Die Kaufkraft des Goldes schwankte also seit 1873 von 36 bis 177, also zwischen 1 und 5, d. h., die Preise verfünffachten sich von 1886 bis 1920. Von diesem Jahre an stieg die Kaufkraft des Geldes bis 1934 wieder um 133%! Als die Schweiz eine Papierwährung mit Zwangskurs des Papiergegeldes hatte, schwankte dagegen die Kaufkraft des Geldes nur zwischen 1 und 2,24.

Wir sehen daraus, daß von einer gesunden Währung bisher noch nie gesprochen werden konnte. Weder unsere Papierwährung von 1914—1930 war eine gesunde Währung und noch viel weniger war die Metallwährung vor 1914 und die Goldwährung jemals eine gesunde Währung.

Bundesrat Meyer glaubt, die von ihm vermutete (in Wirklichkeit aber ganz und gar nicht vorhandene) Wertbeständigkeit des Goldes röhre davon her, daß die Produktion keine wesentliche Rolle spielt. Die Zahlen spielen ihm auch hier einen schlechten Streich: sie zeigen ein Auf und Ab sondergleichen!

Goldproduktion, Goldmenge und Produktion in %.

Jährl. Produktion in Mill. Mark	Goldmenge auf Jahresende	Produktion in % der Goldmenge auf Jahresbeginn
1910	1912	52 004 3,81
1911	1935	53 834 3,72
1912	1933	55 679 3,63
1913	1927	57 495 3,46
1914	1839	59 219 3,20
1915	1971	61 078 3,33
1916	1903	62 853 3,12
1917	1757	64 484 2,72
1918	1607	65 962 2,49
1919	1532	67 362 2,33
1920	1403	68 630 2,09
1921	1383	69 876 2,02
1922	1314	71 050 1,88
1923	1532	72 440 2,16
1924	1612	73 907 2,23
1925	1616	75 375 2,19
1926	1667	76 891 2,21
1927	1646	78 383 2,14
1928	1671	79 897 2,13
1929	1679	81 416 2,10
1930	1734	82 987 2,13
1931 *)	1800	82 461 2,18

Gibt es z. B. eine lebenswichtige Ware, deren Produktion von 1911 bis 1922 im Verhältnis von 19:13 ab- und bis 1931 im Verhältnis von 13:18 zugenommen hat?! Wohl kaum! Gold ist diejenige Ware, die ganz ausgesprochen von «Zufall und Laune» in Umlauf oder auch nicht in Umlauf gebracht wird und deren Produktion in diesem Verhältnis schwankte!

*) provisorisch.

Da die Voraussetzung falsch war, — die gleichmäßige Produktion — so mußte auch die Schlußfolgerung falsch sein: die feste Kaufkraft, der feste Wert des Goldes.

Und endlich:

Wer glaubt, daß das Papiergeld gegenüber dem Goldgeld im Nachteil sein müsse, den verweisen wir auf die Tatsache, daß der Golddollar 1918 statt mit Fr. 5.18 nur mit Fr. 3.92 bezahlt wurde. Damals war das Schweizerpapiergeld Papiergeld mit Zwangs-umlauf und nur zu 58,98% mit Metall gedeckt. Und doch war das Goldgeld der Vereinigten Staaten weniger wert als dieses uneinlösbar Papiergeld der Schweiz. Und noch am 8. März 1922 zahlte man

	für 20 Fr. in Schweizergold	für 20 Fr. in Schweizernoten
in Deutschland	780 Mark	997,60 Mark
in Frankreich	20 frz. Fr.	43,40 frz. Fr.
in England	15 sh 8 d	17 sh 10 d
in den Ver. Staaten	3,84 Dollar	3,89 Dollar

Das Geld, gleichgültig aus welchem Stoffe es auch besteht, hält seine Kaufkraft dadurch fest, daß sein Umlauf genau dem Warenangebot angepaßt wird.

«Nur mit dem Papiergeld kann man die Kaufkraft festigen» — so sagen die beiden großen Volkswirtschafter Prof. Ch. Gide und Prof. G. Cassel — und obige Zahlen beweisen es. Bundesrat Meyer aber tut, als ob es diese Tatsachen und Gutachten nicht gäbe! Warum?!

Was sagen andere Zeugen?

Der Merkwürdigkeit wegen führen wir an erster Stelle die «Neue Zürcher Zeitung» an, Nr. 1954 vom Jahre 1924 — als Bundesrat Meyer noch deren Chefredaktor war. Da stand: «Wenn das Gold

die Basis des internationalen Austausches bleibt und allen Staaten als Münzgrundlage vorschweben muß, so bedeutet der Alleinbesitz eine Gefahr, wie das Beispiel Amerikas zeigt. Letzteres gleicht dem Spieler, der alle Spielmarken in seiner Hand vereinigt und die übrigen Teilnehmer am Weiterspielen verhindert, obwohl er selbst ein Interesse an der Fortsetzung der Partie hätte.»

Schweizerische Bankgesellschaft (1930, Nr. 2):

Der Wert des Goldes ist nur nominell. Eine Veränderung des Goldwertes kommt in sinkenden oder steigenden Warenpreisen zum Ausdruck. Die Folgen einer brüsken Wertsteigerung des Goldes sind aus der Krise von 1920/21 noch in frischer Erinnerung.

Dr. E. Kellenberger, Finanzexperte des Bundesrates (Antrittsvorlesung auf der Berner Universität, Zeitschrift für Schweizer Statistik und Volkswirtschaft, 1917, S. 374):

Der Krieg hat den Aberglauben, daß der Wert der Banknote von der Größe der Metaldeckung abhänge, gründlich zerstört. — Der Goldschatz hat sowohl als Notendeckung wie als nationale Kaufkraftreserve Bankerott gemacht.

Ueber die Goldwährung urteilt Prof. Mitchell, «einer der besten Kenner der Preisrevolution der letzten 30 Jahre» (Urteil von Prof. Dr. Stephan Bauer in Basel), in der «American Economic Review», März 1920, Seite 155: «Die Vereinigten Staaten haben die Goldwährung während des Krieges ohne ernsthafte Einschränkungen aufrechterhalten . . . Nichtsdestoweniger haben wir beinahe so gewaltige Preisfluktuationen erlebt wie jene der Papiergeldperiode. Diese Preisschwankungen haben Millionen von Familien unverdiente Leiden verursacht und Tausenden unverdienten

Reichtum zugeschanzt. Sie haben zu unproduktiven Kämpfen geführt, in einigen Schichten Schwelgerei begünstigt und die Klasse der «neuen Reichen» geschaffen. Sie haben die Spekulation gefördert und die Leistungsfähigkeit der Betriebsführung und der Arbeit geschwächt. Wir sind ärmer an Gütern, wir sind streitsüchtigeren Geistes und weniger arbeitsbereit infolge dieser Preisschwankungen. All das ist geschehen unter der Goldwährung 1914 bis 1920 und nicht mehr gutzumachen.»

Prof. Shield Nicholson, «Geld und Geldprobleme»:

Gold als Wertmaßstab nehmen ist fast dasselbe, wie wenn man zum Beschaffen eines Längenmaßes für eine Mark Quecksilber in eine Normalglasröhre einschließe und diese zur Mittagszeit an einer Normalsonnenuhr auf dem Marktplatz anbringen wollte.

Wulfsohn, Redaktor der «Finanz-Revue» (4. August 1934; Gesperrtes ist auch in der «F.-R.» gesperrt!), schreibt dort:

Der französische Finanzexperte Prof. Rist hat vor vier Wochen an der Hand amtlicher Daten festgestellt, daß von der Goldförderung des Jahres 1933, die mit 2,5 Milliarden Schweizerfranken die allergrößte seit Menschengedenken (seit der Möglichkeit statistischer Erfassung) gewesen ist,* ganze 230 Millionen Goldfranken den Notenbanken zugeflossen sind. . .

So kommt man zum Resultat, daß mindestens 80 Prozent der Weltgoldförderung von

*) Das stimmt nicht: die amtlichen Angaben in «Monthly Bulletin of Statistics» Nr. 5, 1934, zeigen vielmehr, daß 1933 die Funde gegenüber 1932 schon wieder gesunken sind — das mag mit ein Grund zur Hamsterung sein!

1933 nicht die Weltwirtschaft befruchtet haben, sondern gehamstert wurden.

Diese Goldhamsterung wirkt in doppelter Hinsicht krisenverlängernd. Erstens kann die vermehrte Goldförderung sich nicht in Kredit und Kaufkraft verwandeln, mit anderen Worten die Preise der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte nicht auf ein Niveau heben, bei dem die Einstellung neuer Arbeitskräfte und die Anschaffung bzw. Ersetzung von Maschinen rentiert.

... Die Goldhamsterer verhindern also die Beendigung der Weltkrise. Andererseits mußten aber die Goldhamsterer, um diese zwei Milliarden Gold aus dem Welthandel zu entfernen, andere Vermögenswerte verkaufen, das heißt durch die Verkäufe von Aktien und Obligationen die Börsenkrise verlängern und damit viele Handelsoperationen, die langfristige Investierungen zur Voraussetzung haben, praktisch verunmöglichen. Die Goldhamsterung ist also ein Verbrechen gegen die Weltwirtschaft und sollte in allen Kulturländern mit Strafen und unnachsichtlichen Konfiskationen bedroht werden. . .

Soweit also Redaktor Wulfsohn von der «Finanz-Revue». Unwillkürlich fällt einem am Schluß dieser Tatsachensammlung und dieser Zeugenaussagen gegen die Goldwährung der Satz ein, den der kürzlich verstorbene Basler Volkswirtschafter Prof. Dr. Stephan Bauer 1920 in der «Zeitschrift für Schweizer. Volkswirtschaft und Statistik» schrieb:

«Die Weisheit alter Goldwährungsschmöcker breitmäulig vorzutragen hat in der heutigen Weltlage kein Interesse!»

Länder mit und ohne Goldwährung.

Bundesrat Meyer verweist darauf, daß England und die Vereinigten Staaten ohne Schaden abwerten könnten, weil sie ihre Waren zum großen Teil aus eigenen Kolonien beziehen können. Demgegenüber ist festzustellen, daß England einen großen Teil seiner Lebensmittel aus anderen Ländern einführen muß. Aber was noch wichtiger ist: Norwegen hat eine passive Handelsbilanz (20% mehr Einfuhr als Ausfuhr) und eine der Schweiz somit in dieser Beziehung ganz ähnliche wirtschaftliche Struktur. In Norwegen steht der Preisstand heute, nach dreijähriger Abwertung der Krone im Auslande, auf 149 gegenüber 153 vor der Abwertung. Eine Steigerung unserer Lebenshaltung und Produktionskosten für unsere Exportindustrie ist also, wie dieses Beispiel zeigt, zu vermeiden, wenn man sie vermeiden will.

Unglaubliche Unkenntnis des Indexes und seines Aufbaues zeigte seinerzeit Bundesrat Musy; aber Bundesrat Meyer verrät die gleiche Sach-Unkenntnis, glaubt er doch, daß eine Verdoppelung des Kaffeeprices den Rückzug von Noten in großem Umfang nach sich ziehen müßte. (!) Tatsache aber ist, daß dadurch der Großhandelsindex um ganze sieben Zehntel Punkte gehoben würde!

Wenn Zahlen angegeben werden, so darf die Quelle nicht fehlen. Die folgende Tabelle ist zusammengestellt aus amtlichen Zahlen, wie sie das «Bulletin mensuelle de Statistique», herausgegeben vom Völkerbundssekretariat, bringt.

Halten wir einiges aus diesen amtlichen Angaben fest:

1. Unter der Goldwährung ist die Arbeitslosigkeit in den Goldblockländern bis September 1931 auf 234.000 gestiegen: Die Goldwährung hat das nicht verhindert.

Die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern nach dem Abgehen von der Goldwährung

	Lebenskosten		Arbeitslosigkeit Sept. 34	Export Sept. 31	Sept. 34
	Sept. 31	Sept. 34			
Goldblockländer					
Schweiz	149	129	19.989	110.000	76.000
Frankreich	96	84	56.000	243.500	152.000
Belgien	201	176	75.000	1.992	1.100
Holland	151	140	73.000	120.000	69.000
Goldwährungsinitiativen					
Deutschland	134	122	4.354.000	2.282.000	352.000
Italien	82	69	748.000	887.000	564.000
Oesterreich	107	105	202.000	326.000	96.000
Stellungsblok länder					
England	145	143	2.217.000	1.722.000	30.000
Schweden	158	155	54.000	54.000	99.000
Norwegen	150	149	28.000	31.000	35.000
Dänemark	154	169	12.1%	16.4%	49.000
Finnland	104	99	12.000	6.800	99.000
Vereinigte Staaten	72	81	März 33	März 33	112.000
Tschechoslowakei	Feb. 34	Sept. 34	Sept. 34	Sept. 34	441.000
	680	685	294.000	230.000	620.000
					März 33
					Sept. 34
					106
					Febr. 34
					189
					Sept. 34
					751.000

2. Unter der Goldwährung ist hier die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen auf 691,000 — sie hat sich also fast verdreifacht!

3. Unter der Goldwährung stieg die Arbeitslosigkeit in den (späteren) Sterlingblockländern bis Sept. 1931 (dem Abgang von der Goldwährung) auf 2,347,000 an.

4. Unter der Papierwährung sank (trotz traurigen Stümpereien, wie langer weiterer Preis senkung) die Arbeitslosigkeit um rund einen Sechstel — in der gleichen Zeit, in der sie sich in den Goldblockländern auf beinahe das Dreifache erhöhte.

Wer da noch die Goldwährung verteidigen kann, dem ist nicht mehr zu helfen!

Wie kam aber Bundesrat Meyer zu seinen Zahlen? Er übernahm sie aus einer privaten Tendenzstatistik, die ohne Quellenangabe arbeitete!

Wenn endlich gesagt wird, die Schweiz hätte schon seit mehr als einem Jahr einen stabilen Preis stand, ohne daß damit die Krise verschwunden sei, so wurde schon vor vielen Jahren von den Freiwirtschaftern, wie dann auch von Professor Cassel darauf hingewiesen, daß es für die Geschäftstätigkeit nicht darauf ankomme, wie die Preisbewegung gewesen ist, sondern weit mehr darauf, wie sie künftig sein wird. Stellt man einen Preisabbau in Aussicht, so vernichtet man damit jede Unternehmungslust. Deshalb verlangt Cassel als Voraussetzung für jeden Konjunkturaufstieg «die feierliche Verpflichtung der maßgebenden Behörden auf den festen Preisstand». Das sei die Voraussetzung für die geschäftliche Belebung. Seit jener Erklärung von alt-Bundesrat Musy, daß die Schweiz Deflationspolitik treiben wolle, ist nie eine andere Erklärung erschienen — im Gegenteil: Bundes-

rat Schultheß hat sich ja heute ebenfalls für die Deflationspolitik entschieden. Und wieviel es darauf ankommt, was man für die Zukunft erwartet, das hat seither der Gang des diesjährigen Weihnachtsgeschäftes ja deutlich gezeigt!

Unser Vorgehen:

Das Ziel der Freiwirtschaftsbewegung ist der feste Preisstand, die feste Kaufkraft des Geldes.

Das Ziel der Geldpolitik der Schweiz muß heute sein:

1. Der Großhandelsindex ist so lange zu heben, bis die übergroße Spannung zwischen ihm und dem Lebenskostenindex ausgeglichen ist und dieser selbst ins Steigen kommt. Dann wird der Großhandelsindex gefestigt und von da an festgehalten.
2. Der Wechselkurs wird, entsprechend den Bewegungen der Preisstände im Auslande, auf Kaufkraftparität gehalten.

Um das zu erreichen, und um dauernd den festen Preisstand beizubehalten, auch wenn der Zinsfuß sinkt, ist folgendes vorzukehren:

1. Bereitstellen neuer Noten mit Umlaufszwang bis herab auf Fr. 5.—. (Freigeldnoten.)
2. Vergleich der Inlandskaufkraft des Frankens mit der Kaufkraft der ausländischen, wichtigsten Währungseinheiten, zwecks Ermittlung des richtigen Frankenkurssstandes.
3. Bereitstellung von Golddepots im Auslande zum Aufkaufen von Franken, die unter dem beabsichtigten Kurs angeboten werden (der der Kaufkraft des Frankens im Verhältnis zur Kaufkraft des Auslandsgeldes entspricht). Damit wird der Kurs auf der Höhe gehalten, die sich aus dem Vergleich der Inlands- zur Auslandswährung ergibt.

4. Bereitstellung von Bundesobligationen zur Abgabe an das Publikum, um das in Fluß kommende Geld aus dem Verkehr zu ziehen und damit eine zu rasche Hebung des Großhandelsindex zu verhindern, wenn dieser Fall eintreten sollte.
5. Sperrung des Goldschatzes.
6. Vorbereitung eines Gesetzes gegen die Bodenspekulation.
7. Erhebung über die Verpflichtungen von Schweiz. Gemeinwesen in Auslandsvaluten und Bereitstellung von Gold zu deren Erledigung, falls nötig.
8. Erhebung über die Verpflichtungen von Privaten in ausländischer Valuta.
9. Umtausch der Tausendernoten gegen Freigeldnoten im Verhältnis von 5 zu 1, d. h. für fünf Tausendernoten wird nur eine Freigeldnote, bei Beträgen darunter werden zum Teil Bundesobligationen, zum Teil kleinere Noten abgegeben, da heute viel zu viel Tausendernoten ausgegeben sind.
10. Dieser Umtausch geht langsam weiter, unter steter Verminderung des Geldbestandes — da das Geld nun weit rascher umläuft, ist eine kleinere Geldmenge gegeben.
11. Geld unter fünf Franken wird als Münze weiter beibehalten. Zeigt sich Hamsterung, so wird ohne weitere Warnung eine Außerkurssetzung gewisser gehamsterter Münzen und deren Umtausch mit einem Schlagsatz von 10 bis 20 verfügt. (Revision des eidg. Münzgesetzes in diesem Sinne.)
12. Im Uebrigen werden die heute schon gebräuchlichen Mittel der Diskontpolitik usw. weiter angewendet, jedoch immer nur zum Zwecke der Festigung des Großhandelspreisstandes und zur Anpassung der Wechselkurse an die Schwankungen ausländischer Preisstände.